

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abzugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 5 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Glatzstraße 4/6, durch die Filialabteilungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichshelmstraße 105, Matthisstraße 100, sowie durch alle Zusteller zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerpreis monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Frachtlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Nr. 5852

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: In 20 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Glatzstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Riesenunglück im Bergbau

Schwere Explosion auf Grube Anna II bei Nachen

150 Tote geborgen — Gesamtzahl der Toten wahrscheinlich über 250

Der Wilhelmsschacht der Grube Anna II bei Nadsdorf wurde Dienstag, früh 7,20 Uhr, durch eine Explosion eines Dynamitlagers auf der 200-Meter-Sohle zerstört. Die Explosion verhängte über 100 Bergleute. Der Förderurm wurde umgelegt und mehrere Häuser in Nadsdorf zerstört. In der Grube kam ein Kohlenstaubmagazin zur Explosion, wodurch die gesamte Grubenanlage zerstört wurde. Das Fördergerüst ist eingestürzt, jede Bewegung nach außen ist abgeschnitten. In den umliegenden Bergbauarbeiten sind zahllose Fensterstöße zertrümmert und abgedeckt worden. Sanitätskolonnen und Feuerwehreinheiten aus dem ganzen Landkreis Nachen eilten sofort zur Unglücksstelle. Die Bergbauarbeiten sind ununterbrochen im Gange. Bis heute wurden 150 Tote geborgen. Den Tag über und die ganze Nacht waren die Leichen von den Angehörigen der Grube, deren Schicksal noch ungewiss ist, umlagert. Herzergreifende Szenen spielten sich ab, wenn Frauen ihre Männer, Väter ihre Söhne, Eltern ihre Kinder und Bräute ihre Bräutigame unter den Toten fanden. Die ganze Schwere des Unglücks lag immer nicht zu übersehen, ebensowenig ist die Ursache festgestellt. Näheres berichten wir unter „Aus aller Welt“.

daß nicht nur der Schachteinsturz erfolgte, sondern sogar das Verwaltungsgebäude über Tage schwer beschädigt wurde. Durch diese Explosion sind über 100 Bergarbeiter getötet, andere schwer verletzt worden. Unbeschreibliches Leid in den Bergarbeiterfamilien ist die Folge. Dieses Grubenunglück, verursacht durch eine Sprengstoffexplosion, hat in der Bevölkerung größte Bestürzung hervorgerufen. Wir fragen das Staatsministerium:

1. Ist seitens der Staatsregierung sofort alles geschehen, um die schlimmste Not von den in Mitleidenschaft gezogenen Bergarbeiterfamilien abzuwenden?
2. Ist das Staatsministerium in der Lage, die Ursache dieser Explosion dem Landtag mitzuteilen?
3. Sind die bergpolizeilichen Vorschriften für das Lagern der Sprengstoffe im unterirdischen Betrieb innegehalten worden?

134 Tote geborgen

Nadsdorf, 22. Oktober. (Eigener Fundbericht.)

Um 7 Uhr waren 134 Tote geborgen. In den Krankenhäusern befinden sich 83 Verletzte. Auf Revier 10 sind noch 53 eingeschlossene Bergleute, die aber zu den Toten zu zählen sind, da die 4. Sohle vollkommen vernichtet ist.

Von den getöteten Schwerverletzten sind 20 in den Krankenhäusern gestorben.

Beileid der französischen Bergarbeiter

Paris, 22. Oktober. (Eigener Fundbericht.)

Solort nach dem Bekanntwerden der Explosionskatastrophe von Nadsdorf hat der Generalsekretär der französischen Bergarbeitergewerkschaften, Bigne, den deutschen Bergbauern ein Beileidstelegramm geschickt. Auch die französische Regierung hat der Reichsregierung telegraphisch ihr Beileid ausgesprochen.

Bürgerliche Illusionen

Von Rudolf Breitscheid

Man muß sich über die Bescheidenheit der Leute wundern, die noch immer davon sprechen, daß das Kabinett Brüning am letzten Sonnabend einen Sieg errufen habe. Weder von Feinden noch von einem Sieg konnte und kann ernsthaft die Rede sein. Die Regierung ist um das Mißtrauensvotum herumgekommen, nicht weil sie durch ihre Worte oder Handlungen sich das Vertrauen der Mehrheit erworben hätte, sondern weil die Sozialdemokratie es ablehnte, durch ihren Sturz den Weg für bedeutungsvolle politische Experimente zu öffnen. Die Regierung wird erst zu beweisen haben, ob sie des Lebens, das man ihr geschenkt hat, würdig ist.

Aber daß die Sozialdemokratie das dem Ertrinken nahe Kabinett aus dem Wasser hat ziehen helfen, ist für sehr viele Politiker im bürgerlichen Lager eine höchste unangenehme und unbequeme Tatsache. Sie wirft nach ihrer Meinung einen dunklen Schatten auf das Bild der Regierung, den man wegzureinigen bemüht sein muß. In diesen Kreisen hatte man ursprünglich damit gerechnet, daß die Nationalsozialisten Herrn Brüning zu Hilfe eilen würden, und daß sie ihren Radikalismus für die Straße reservierend, sich in eine gegen die Marxisten gerichtete Front des Kapitalismus einreihen lassen würden. Das war eine Illusion, und nun wird der krampfhaft Versuch gemacht, die Enttäuschung darüber, daß Brünings Existenz gerade durch die Sozialdemokraten verlängert worden ist, hinter einer verwegenen Ausbeutung der sozialdemokratischen Politik zu verbergen.

Am weitesten geht in dieser Beziehung die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die es freilich deshalb am nötigsten hat, weil sie ja in der vordersten Linie derjenigen Clique stand, die sich nach dem 14. September am lebhaftesten für die Heranziehung der Hakenkreuzler eingesetzt haben. Man höre, wie sich das Organ des Großkapitalismus jetzt — um ein schärferes Wort zu vermeiden — herausredet. „Die Sozialdemokraten hielten“, so heißt es da, „nationalistische Reden und verteidigten praktisch den Kapitalismus... Die Wahlen vom 14. September haben die Sozialdemokratie zu nationalen und tributpolitischen Haltungen gezwungen, die sie früher höhrend als Bierbankpolitik und deutschstümelnde Kraftmeierei verpöhtet hätten.“

Wer hat praktisch den Kapitalismus verteidigt? Wenn die Sozialdemokratie das Kabinett vor dem Sturze bewahrte, hat sie sich dabei in keiner Weise von der Rücksicht auf seinen kapitalistischen Charakter leiten lassen. Hätte sie die Möglichkeit gesehen, an seine Stelle eine sozialistische oder dem Sozialismus günstigere Regierung zu sehen, so würde sie keinen Augenblick mit ihrem Mißtrauensvotum gezögert haben. Ihre Absicht ging gerade dahin, eine Verstärkung des Einflusses derjenigen Kreise zu verhindern, deren Kundtüm die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist, ganz gleichgültig, ob dieser Einfluß mit Hilfe der Nationalsozialisten oder auf dem Wege über eine Art von bürokratischer Diktatur zur Geltung gekommen wäre. Sie wollte das Neugekehrte tun, um die Demokratie und damit die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse zu retten und zu sichern. Es mag zweifelhaft sein, ob die Bahn, die sie eingeschlagen hat, schließlich zu dem angestrebten Ziele führt. Nicht zweifelhaft aber ist, daß der Versuch gemacht werden mußte. Steht er als verfehlt heraus, so wird die Sozialdemokratie ihre Handlungsfreiheit, von der sie nichts aufgegeben hat, zu bewahren wissen.

Und weiter: Wo haben die Sozialdemokraten nationalistische Reden gehalten und inwiefern haben sie sich durch den 14. September veranlaßt gesehen, ihre Außenpolitik zu ändern? Sie haben für das, was man die Revision der Verträge nennt, auf nationalem und internationalem Boden gearbeitet, schon ehe es überhaupt eine nationalsozialistische Bewegung gab. Sie haben sich niemals mit dem Youngplan als einer endgültigen und unabänderlichen Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen abgefunden. Es bedurfte nicht des Umsturzes

Große Anfrage der Sozialdemokratie über das Grubenunglück

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags hat aus Anlaß des Nacheren Unfalls die folgende Große Anfrage eingebracht:

Am 21. Oktober, vormittags 7,30 Uhr, explodierte im unterirdischen Grubenbetrieb des Schachtes Wilhelm der Grube Anna II in Nadsdorf ein Dynamitlager. Die Explosion war so stark,

Keine Landtagsauflösung in Preußen

Ablehnung der Auflösungsanträge mit großer Mehrheit

Berlin, 21. Oktober. (Eigener Bericht.)

Der Preussische Landtag hat am Dienstag die Anträge der radikalen, Deutschnationalen und Wirtschaftsparteiler, die die Selbstauflösung forderten, mit 240 gegen 183 Stimmen abgelehnt. Die Stimmenzahl der Regierungsparteien ist also noch größer als bei dem letzten Vertrauensvotum für Brüning. Die Stimmdifferenz betrug damals 35 und heute 57. Dabei verfügen nach dem Ergebnis der letzten Landtagswahl die Regierungsparteien nur über die bescheidene Mehrheit von 10 Stimmen. Die Opposition ist aus zehn völlig verschiedenen politischen Gruppen und Gruppen zusammengefaßt. Trotzdem fällt es einer Anzahl oppositioneller Abgeordneter schwerer, den ganzen demagogischen Unsinn dieser Richtungsopposition mitzumachen. Es weiß zum Beispiel in Wirklichkeit jeder Mensch, das höchstens die Nationalsozialisten keine in Preußen wirklich wollen. Die anderen stimmen doch nur, weil sie früher sind, in der Minderheit zu bleiben. Die Sicherheit freilich haben sie auch in Preußen, wo Regierung und Regierungsmehrheit unerschütterlich stehen.

Am Sonntag wurde die ganze Landtagsführung mit demagogischen Rhythmen ausgenutzt. Die Kommunisten forderten sofortige Einberufung der Young-Jahrlinge, Aufhebung der Brüning'schen Verordnungen — alles im Preussischen Landtag — sofortige Auflösung des Reichsstaatsparlamentes, sofortige Wiederberufung aller entlassenen kommunikativen Beamten usw. usw. Die Deutschnationalen verlangten ein Gesetz gegen den Konsumverweh, das praktisch auf ihre Unterdrückung hinausläuft, Erlaß sämtlicher Steuern für die Landwirtschaft, sofortige Kündigung sämtlicher Handelsverträge — auch die durch den Preussischen Landtag. Leider muß man sich über diesen Unsinn herumplagen und Stundenlang darüber

plagen. Nach dem überflüssigen Schimpfereien der Kommunisten und der beiden einzigen positiven Beschlüsse des Tages gefolgt: Die Auflösung des Reichstages am 20. November und die Aufhebung der Immunität in vier Fällen. Der Landtag hat den Landtag auf den November. In der Landtagsauflösung soll vor allem das neue Landwirtschaftsgesetz zur Bewirtschaftung kommen, das trotz der Widerstände der Landwirtschaft den Landarbeitern eine Vertretung in diesen Kammern geben soll.

am Tage der Reichstagsöffnung und auf vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung derartiger Vorgänge. Der von den Deutschnationalen unterstützte nationalsozialistische Antrag auf Aufhebung des gegen die Nationalsozialisten erlassenen Uniform-Verbots wurde mit 227 gegen 132 Stimmen abgelehnt, womit die Abstimmungen über die Anträge auf Landtagsauflösung usw. erledigt waren.

Bei Beginn der Sitzung gedachte Präsident Bartels der Explosionskatastrophe auf dem Wilhelmsschacht der Grube Anna II in Nadsdorf im Landkreis Nachen. Er wies darauf hin, daß die Eingänge zur Grube sämtlich zerstört und die eingeschlossenen Bergarbeiter von der Außenwelt abgeschlossen seien. Aus diesem Grunde habe man naturgemäß noch keine Einzelheiten erfahren können, doch sei nach dem ihm zugegangenen Informationen die Zahl der Toten und Verletzten wahrscheinlich nicht so hoch, wie in der Presse mitgeteilt wurde. Trotzdem handele es sich um ein Unglück größten Ausmaßes. Der Präsident brachte die Teilnahme des Landtages für die von dem Unglück Betroffenen zum Ausdruck. Die Abgeordneten hatten sich während der Worte des Präsidenten von ihren Plätzen erhoben.

Anschließend gab Handelsminister Dr. Schreiber eine kurze Erklärung ab. Nach den bisher eingegangenen Meldungen seien 17 Tote und 43 Verletzte zu beklagen. Die Belegstellen der benachbarten Anlagen seien bereits aus dem Schacht herausgezogen. Man sei dabei, die Belegstellen des Wilhelmsschachtes Anna II zu Tage zu bringen. Ueber die näheren Ursachen der Explosion sei noch nichts bekannt. Die Staatsregierung prüfe, inwieweit eine besondere Fürsorgeaktion eingeleitet werden müsse.

Schieber Strafella Siftenführer der Christlich-Sozialen

Wien, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die Christlich-Sozialen haben in Graz ihren bisherigen Abgeordneten den Präsidenten des Nationalrats Dr. Siftenführer der dem gemäßigtesten Flügel angehört, nicht mehr kandidiert und stellen an seiner Stelle den im Prozeß gegen die Arbeiter-Zeitung so arg lädierten Dr. Strafella auf. An erster Stelle kandidiert dort der Bundeskanzler Baugoin, der aber voraussichtlich ein Wiener

gegenwärtigen, die Zustände, die wir an das Ausland zu leisten haben, eine Last darstellen, an deren Erleichterung alle politische Kraft gesetzt werden muß. Aber auf der anderen Seite ist die Sozialdemokratie ebensoweit davon entfernt wie früher, den katastrophalen Rezepten, wie sie von Nationalsozialisten und Kommunisten in schönem Verein verordnet werden, ihre Zustimmung zu geben. Sie denkt nicht daran, eine Abweichung von den bisherigen Linien der Außenpolitik zu empfehlen und sich in die ebenso verwerflichen wie lächerlichen Abenteuer zu stürzen, in die die Nationalisten aller Schattierungen Land und Volk hineinreißend möchten.

Unter diesen Umständen werden sich die bürgerlich-kapitalistischen Gruppen schon damit abfinden müssen, daß die Sozialdemokratie bleibt, was sie gewesen ist, eine Partei, die besonnen zwar, aber zielbewußt auf dem Boden der Demokratie, solange diese Demokratie nicht von den anderen zerstört wird, die Rechte der Arbeiterklasse vertritt und zum Sozialismus hin erweist, eine Partei, die den Nationalismus in der inneren und auswärtigen Politik bekämpft und deren programmatische Richtlinien durch den unehrlichsten Demagogie zu verdankenden Wählerfolg der Hitlerleute nicht verschoben werden können.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ versichert zur Beruhigung ihrer Leser und Freunde, das Kabinett Brüning habe nicht für die Sozialdemokratie optiert, sondern die Sozialdemokratie für das Kabinett Brüning. Der erste Teil dieser Behauptung ist zweifel-

los richtig. Aber das zweite ist ebenso zweifellos falsch, und wenn die Kapitalisten ihrem Blatte Glauben schenken wollten, so könnten sie eine neue schmerzliche Enttäuschung erleben. Sie könnte möglicherweise schon sehr bald eintreten, dann nämlich, wenn sich herausstellt, daß die bürgerlichen mehr oder weniger hinter der Regierung stehenden Parteien es ablehnen, die gelehreterischen Abänderungen der Verordnungen gutzuheißen, die die für die Arbeiterklasse unentgeltlichen Bestimmungen beinhalten sollen.

Diese Parteien werden sich außerdem selber über die Situation klar werden müssen, in der sie sich im Reichstag befinden. Es ist ohne weiteres vorstellbar, daß sich über die bürgerlichen Fraktionen hinweg für im Interesse der Arbeiter liegende Vorschläge Mehrheiten finden, und so wenig wir mit den Nationalsozialisten zu tun haben wollen, und so kritisch wir über die Beweggründe ihres „sozialistischen“ Handelns denken, so würden wir uns, wenn die Regierungsparteien die notwendigen Einsicht vermissen lassen, durch Rückschlüsse auf das Kabinett Brüning nicht gebunden fühlen und in den Fällen, wo es uns sachlich geboten erscheint, Mehrheiten auch mit Leuten bilden, mit denen wir keine innerliche Verwandtschaft besitzen. Die Bürgerlichen werden gut daran tun, nach dem Zusammenbruch ihrer Illusionen über die Nationalsozialisten sich nicht einer neuen trügerischen Hoffnung über die Politik der Sozialdemokratie hinzugeben!

Frankreich und die Revision der Schuldenabkommen

In die internationale Debatte über die Möglichkeit eines allgemeinen Schulden- und Reparationskongresses scheint man auf französischer Seite nur mit großer Widerwillen eingreifen zu wollen. Die Pariser Rechtspremierminister hat sich ebenfalls alles um jeden Gedanken daran vorzubereiten, eine neue deutsche Forderung des deutschen Schuldners zu kreditieren, und die Radio-Agentur veröffentlicht auch schon triumphierendes Dementi, daß man selbst in Washington an solche Umkehrpläne denke. In maßgebenden politischen Kreisen in Paris aber und vor allem in den Kreisen der Finanzen und Geschäftswelt, scheint man dem Gedanken einer Entlastung der europäischen Wirtschaft von dem Belastung der Kriegshinterlassenschaften doch einer gewissen Bemühung wert zu erachten. Man gibt hier zu, daß die Idee eines „Lungskilfordes“ angeht der Wirtschaftskrisis in Amerika Boden gewonnen habe, doch glaubt man die Erfolgsaussichten immer noch mit starker Skepsis beurteilen zu können. Es ist jedenfalls betont man in Paris mit besonderer Schärfe, daß es unmöglich sei, an eine Neuregelung des heißen Schulden- und Reparationsproblems heranzugehen, solange Deutschland nicht seine Verpflichtungen aus Artikel 107 der Haager Bedingungen erfüllt habe, solange es nicht „alles versucht habe, ein Moratorium zu vermeiden“. Schon jetzt fehlt es nicht an hochhaltigen Angriffen gegen die Finanzangelegenheiten des Reiches in der Pariser Presse. Noch am Dienstag erklärt der „Temp“ daß Deutschland durch seine eigenen unangenehmen Ausgaben für öffentliche Bauten und ungerechtfertigte Erhöhung des Reichswehrbudgets keine günstige Finanznot selbst verschuldet habe. Die Ordnung Finanzverhältnisse in Deutschland wäre auch deshalb notwendig um jenes Mißtrauen in Frankreich zu verschwinden, als Deutschland sich erneut auf Kosten Frankreichs und Englands seiner Verpflichtungen entziehen. In diesem Sinne war es zu begrüßen, daß die Reichsregierung in allen ihren bisherigen Erklärungen die Ankündigung eines Moratoriums für die Zahlungen für den Augenblick abgelehnt hat. Es dürfte begründet aussiehten, daß sich auch Frankreich der Forderung der Finanzreform in Deutschland bereit wird, in die Einheitsfront der europäischen Schuldner gegenüber Amerika einzutreten. Auf Fall aber wird es noch einiger Zeit und vieler Geschicklichkeit bedürfen, bis das große Problem der finanziellen Kriegslastlosigkeit zum endgültigen Aufbruch reif sein wird. Mit Blick hierher sieht man sich nicht, wie Herr Ritter träumt, nachdem der Weltgläubiger Amerika schon jetzt nicht mehr einem glatten Nein, sondern mit einem verheißungsvollen leicht geantwortet hat, daß man, wie der „Paris Rivu“ hofft, daß es eines Tages auch noch wirklich so sagen wird.

Durchvorbereitungen in Oesterreich

Entwürfen Otto Bauers im Parlamentsauschuß
In dem Ständigen Unterausschuß, der in parlamentarischer Zeit das Parlament vertritt, brachte die Regierung heute einen Nachtragkredit zum Erlaß der Höhe von 300 000 Schilling ein, der zur Deckung der Mahlosten dienen soll. Dabei brachte im Namen der Sozialdemokratie Dr. Bauer die Konstitutionsfrage der Regierung zur Sprache. Er stellte fest, daß die Regierung soziale, politische Maßnahmen und Maßnahmen durchzuführen müsse, die mit der Begründung, daß damit gebührend beruhigende Gerüchte verbreitet würden. Dann erklärte Dr. Bauer ausdrücklich die Putschstreiterei der Gegenwart und verlor zunächst eine Rede, die die Parteien in der Bundestagung in Wien überbracht hatte. Dann sagte er, daß in Steiermark und vor allem im Gebiet der Alpenen Montan eine Gesellschaft eine Umänderung der Heimwehr eingeleitet wurde. Die alten Heimwehren wurden aufgelassen und den jungen Leuten Sturmtruppen gebildet, die Übungen und Gewehren unternehmen. Diese Leute wurden mit Waffen, Pistolen, Karabinern, Dolchmessern und Revolvern ausgestattet, und es wurde ihnen mitgeteilt, daß sie an dem nächsten Tage nach Wien und Niederösterreich marschieren sollen. Den Berichten von ihnen ist gefolgt, daß sie versichert seien, so daß wenn ihnen etwas gegen ihre Frauen eine Rechte bekämen. Dr. Bauer sagte, diese glauben Abenteuer vorzubereiten zu können, offensichtlich im Hinblick darauf, daß jetzt die wichtigsten Staatsämter unter oberster Leitung eines dieser Abenteuer stehen. Aber man darf erwarten, daß jeder Versuch dieser Abenteuer den Wahlen aufzulockern und früher zurückzuführen würde. Der Bundeskanzler Baugoin erklärte darauf, daß die Regierung für Ruhe und Ordnung sorgen werden.

rote Hände oder brennend rotes Gesicht werden anscheinend ein wirksames Mittel dagegen ist die Mähne, regelmäßig und sparsam weiße Cremes, Lösser, auch ein heißes badende Fußbäder vorzuziehen, um die Überwärmung der Haut zu vermeiden, was man unbedingt durch die Sonne, nicht 20 bis 30 Grad Celsius, sondern nur 15 bis 20 Grad Celsius zu haben.

Die Nazis verraten aus persönlicher Feigheit ihre Grundlätze

Sie sind grundsätzlich gegen die Immunität, verteidigen sich aber hinter ihr

Nachdem die Nationalsozialisten am vorigen Freitag den Reichstag um die Einstellung von 103 Strafverfahren gegen nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete ersucht haben, reichen sie jetzt noch einen Nachtrag ein, in dem sie um Einstellung von weiteren 36 Strafverfahren ersuchen. Den Nachtrag schlägt der stellvertretende Vorsitzende der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Herr Gregor Strasser, gegen den nicht weniger als 27 Verfahren eingeleitet sind. Demgegenüber mürden die vier Verfahren gegen Röper, drei gegen Köpplmann und je eins gegen Sach und Göring nur als Kleinigkeiten.

Wir haben schon neulich diese Ausnutzung der Immunität der Nationalsozialisten als einen Freibrief für ihre Verleumdungsarbeit gekennzeichnet. Heute können wir aber auf etwas anderes hinweisen. Im Programm der Nationalsozialisten, das nun dem neuen nationalsozialistischen Abgeordneten Alfred Rosenberger unter dem Titel: „Wahre Grundlätze und Ziele der NSDAP“ herausgegeben wird und im Jahre 1930 in neuer Auflage erschienen ist, heißt die Forderung: Die Immunität der Angehörigen der Parlamente ist selbstverleumdlich abzu schaffen. Wie sich die Nationalsozialisten zu ihrer eigenen Programmforderung stellen, ergibt sich aus ihrer Forderung nach Beseitigung der Immunität zur Einstellung von insgesamt 139 Strafverfahren!

Wollen die Volksnationalen zur Partei des Betrugs werden?

Wie wir erfahren, hat jetzt der Führer der Volksnationalen Reichsvereinigung und des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahjan, in einem Schreiben seine Dringlichkeit und Bitterkeit im Lande willens lassen, daß sie für die Schulden der Deutschen Staatspartei nicht mehr aufzukommen hätten, da ja die Volksnationale Reichsvereinigung mit dieser Partei nichts mehr zu tun habe. Hierzu ist interessant festzustellen, daß der treuherzige Mahjan in der letzten Haupttagungsausschussung der Deutschen Staatspartei auf Vorschlag von demokratischer Seite hin ausdrücklich erklärte, daß natürlich seine Freunde ihren Anteil an den von der Deutschen Staatspartei gemachten Schulden beibringen würden. Demals sagte Mahjan, daß es Ehrenpflicht jedes deutschen Mannes sei, die von ihm gemachten Schulden auch zu bezahlen. Jetzt will Herr Mahjan von dieser Ehrenpflicht nichts mehr wissen und verpflichtet mit treudeutschem Ernst keine Beitragungsgegenstände, nicht zu zahlen.

Das ganze ist ein regelrechter Betrug, und wenn die Volksnationalen so handeln, werden sie in die Gesichte als die Partei des Betrugs eingehen.

Sozialdemokratie in Preußen für Arbeitsbeschaffung

Die Preußenkammer verlangt Beseitigung des Streikgesetze als Voraussetzung für Arbeitsbeschaffung durch Preußen

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende Entwürfe zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit eingebracht:

Die an sich unerhöht hohen und noch immer täglich steigenden Ziffern der Arbeitslosigkeit mit all den schweren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgenwirkungen für die davon Betroffenen sowie für die gesamte Wirtschaft machen es notwendig, daß schnellstens Maßnahmen getroffen werden, durch die einer weiteren Vermehrung der Arbeitslosigkeit wirksam entgegengetreten wird und darüber hinaus eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeigeführt wird. Wir beantragen deshalb, die Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung auf die Vorlage eines Gesetzesentwurfes hinzuwirken, nach dem:

1. eine Senkung der Arbeitszeit in den Betrieben auf 40 Stunden pro Woche bei entsprechendem Lohnausgleich erfolgt, wobei die Verteilung der Arbeitszeit auf die Arbeitswoche den jeweiligen Regierungsstellen im Einklang mit den berechtigten wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiterwelt überlassen bleibt. Die Verteilung der Arbeitsstunden ist auf das unerhöhteste Maß zu beschränken;

2. den Arbeitgebern die Beschaffung freier Arbeitsplätze bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen und deren Benutzung bei jeder Arbeitsvergebung zu Pflicht gemacht wird;

3. die Zulassung ausländischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft für die Dauer der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit verhängert.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die katastrophale Lage des Arbeitsmarktes zwingen zu beschleunigten und wirksamen Maßnahmen ihrer Beseitigung. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß jetzt bei einer günstigeren Konjunkturlage handlungsunfähige Arbeitnehmer infolge der durch das Unternehmertum bisher einseitig zu Jochen der Profitsteigerung beschleunigten Nationalisierung arbeitslos bleiben werden, beantragen wir:

Der Reichstag wolle beschließen, das Staatsministerium wird ersucht, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, nach dem die allgemeine Arbeitslosigkeit bis zum 15. Dezember herabgesetzt wird, bis einer bestimmten Beschäftigung zu dienen hat.

Concili Erziehungsberechtigte insoweit dieser Maßnahme in eine Notlage geraten, ist ihnen eine Entschädigung zu gewähren.

Henker Johnny

roman von Marthe Johnson
Das war Englische Überlingen von Franz Fein
[Text continues with dialogue and narrative in a story format]

in die Werkstatt, und dann sprach Johnny mit ihm wie in früheren Tagen.
[Text continues with dialogue and narrative in a story format]

„Was sagen Sie da, hochwürdiger Vater?“
[Text continues with dialogue and narrative in a story format]

Der Januschauer des Lügens überführt

Groener weist nach, daß alle Behauptungen des Herrn v. Oldenburg Lügen sind

Der Reichswehrminister Groener hat an den Kammerpräsidenten von Oldenburg folgende Offeneren gerichtet:

Sehr geehrter Herr von Oldenburg! Ihre Reichstagsrede vom 1. Oktober dieses Jahres habe ich nicht mitanhören können. Die Verlesung des Reichstages hat mir die Möglichkeit gegeben, Ihnen dort zu antworten. Ich erwidere auf ihre Rede schriftlich. Zunächst muß ich einige Irrtümer richtigstellen. Sie haben dem Generalobersten Hege vorgetragen, daß er Soldaten zur Ueberzeugung des Bewegens aufgefordert habe. Diese Angabe betrifft die Verlesung des Generals Hege zu Truppenübungsparaden im Jahre 1926, die sich nur auf entlassene Soldaten bezog. Sobald General Hege dieses Mißverständnis zu dem Zweck hat, die Armee durch einen besonderen Erlaß die Ueberzeugung des Befehlsweges ausdrücklich eingeklärt. Ich habe es, daß Sie diese Angelegenheit nicht als langjährigen persönlichen Bekannten zum Generalobersten Hege geklärt haben, sondern von der Tribüne des Reichstages vorzuwerfen.

Der zweite Irrtum betrifft den sogenannten Hege-Erlaß. Die Ausführungen sind mir ein Beweis dafür, daß Sie den Erlaß nicht weiter kennen als die Entlassenen, die darüber in der Presse erschienen sind. Er betrifft Soldaten, welche bei der Abwehr rabiaten Zerlegungsversuche die Wehrmacht so umfänglich und tatkräftig geschützt haben, daß die betreffenden wehrmächts- und staatsfeindlichen Personen durch polizeiliche Festnahme der Bestrafung zu werden konnten, sind mir künftig ohne Zeitverlust auf dem Wege zu melden. Ich behalte mir vor, diesen Soldaten Anerkennung für ihr Verhalten zum Ausdruck zu bringen. Ich kann dann verschiedene Arten der Anerkennung, darunter die Auszeichnung mit einer Uhr mit Gravierung. Dieser Erlaß richtet sich ganz eindeutig gegen Zerlegungsversuche von außen und hat mit der Disziplin von Kameraden nicht das geringste zu tun. Seine Notwendigkeit beweist die Tatsache, daß allein im Jahre 1929 150 verschiedene Verlesungen gemacht worden sind, die im Jahre 1930 voraussichtlich noch überboten werden wird. Sein Erfolg zeigt sich darin, daß im Jahre 1930 bereits 11 Kommunisten festgenommen und zu erheblichen Strafen verurteilt werden konnten. Anerkennungen dieser Art sind schon lange vor meiner Amtsführung ausgesprochen worden. Sie sind ein Glied in dem unablässigen Kampf, den die Wehrmacht seit ihrer Gründung gegen alle diejenigen führen muß, die sich bestreben, die Disziplin der Truppe zu untergraben.

Am Anfang des Jahres 1930 besonders stark einsetzende Welle kommunistischer Propaganda machte es mir zur Pflicht, die Wehrmacht der Truppe gegen diese Mißarbeit zu verschärfen. Ich habe Ihnen nahegelegen, daß Sie sich nicht so sehr über den Erlaß nicht getroffen fühlen, um so bezeichnender ist es, daß die Nationalsozialisten sich im Sturm gelassen haben.

Sie haben weiter die Frage berührt, die ich bereits in einem Brief an den General Grafen von der Goltz beantwortet habe. Ich habe überhaupt ein gerichtliches Verfahren gegen die Offiziere angestrengt wurde. Ich kann Ihnen nur wiederholen, was ich bereits in jenem Brief ausgesprochen habe: Ich habe den Eindruck gewonnen, daß sich die Angelegenheit nicht erledigen ließe, und habe das Nötige dazu veranlaßt. Ich habe die Wehrmacht, die mich später erreicht hat, ging aber hervor, daß die beiden Offiziere bei ihrer Vernehmung durch mich ausgesprochen wußten, daß die Unwahrheit gesagt wurde, und nachdem sie ausdrücklich auf ihre Pflicht zur Wahrheit hingewiesen worden waren, daß ferner ein Offizier, der Jäger über das ihm strengstens auferlegte Schweigen hinweggesetzt und unmittelbar nach seiner Vernehmung anderen Offizieren genaueste Angaben darüber gemacht hatte;

ferner daß die Offiziere auch dem Herrn Chef der Heeresleitung gegenüber in der Unwahrhaftigkeit beharrt hätten. Hierdurch mußte der Eindruck entstehen, daß es sich um eine wichtige und weitverzweigte Angelegenheit handelte, zu deren Aufklärung die Mittel des Reichswehrministeriums in keiner Weise ausreichten. Ich war gesetzlich verpflichtet, eine gerichtliche Klärung herbeizuführen.

Ein weiterer Irrtum betrifft die Art der Verhaftung der Ulmer Offiziere. Sie sind nicht „von der Front weg angefaßt der Mannschaften“ verhaftet worden, wie Sie nach dem mir vorliegenden Bericht gesagt haben. Ich habe bereits in meinem Brief an den General a. D. Grafen von der Goltz betont, daß die Verhaftung nach dem Vorschlag und durch die Vermittlung des Abteilungscommandeurs geschah. Die Offiziere wurden durch den Abteilungscommandeur von einem Dienst abgerufen, an dem fast nur Offiziere und nur ganz wenige Mannschaften teilnahmen und abhies dem Beauftragten des Reichsgerichts übergeben. Eine noch weniger auffällige Form für diese Verhaftung zu finden, war nicht möglich. Der Oberreichsanwalt hat mich von der bevorstehenden Verhaftung unterrichtet. Jegliche Beeinflussung des Oberreichsanwalts oder des Untersuchungsrichters war aber ausgeschlossen, wie überhaupt seit der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit im Heere keiner militärischen Stelle ein Einfluß auf die Ausübung der Gerichtsbarkeit und die Durchführung eines Strafverfahrens mehr zusteht.

Sie haben mit vollem Recht die Verdienste des Generalobersten a. D. von Seedt um die Reichswehr hervorgehoben; in der Zeit, in welcher General von Seedt Chef der Heeresleitung war, hat es aber auch ihm nicht an Anfeindungen gefehlt. Dieselben infamen persönlichen Verdächtigungen, denen jetzt meine Mitarbeiter und ich ausgesetzt sind, sind im Jahre 1923 und 1924 auch Herrn von Seedt nicht erspart geblieben; auch seine vaterländische Gesinnung ist von den nationalsozialistischen Blättern angezweifelt worden. Alldem habe ich mich nicht auf das härteste angegriffen, weil er damals seinen Diktaturplänen nicht zugestimmt hat, und die „Deutsche Zeitung“ hat auch damals den Standpunkt vertreten, daß es der Truppe, d. h. den jüngeren Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, nicht verdacht werden könnte, wenn sie der „westfremden“ Heeresleitung des Generals von Seedt den Gehorsam aufgaben und nach ihren eigenen Anschauungen handelten. Wenn Ihnen jetzt das Werk des Generals von Seedt und des Reichswehrministers Gessler Anerkennung abdringt, so darf ich hoffen, daß Sie in späterer Zeit auch das verstehen werden, was Generaloberst Hege und ich in Fortführung des Werkes unserer Vorgänger getan haben.

Sie haben in Ihrer Rede die Disziplin gepriesen, mit der es sich nicht verhält, daß Vorgänge innerhalb einer Truppe zum Gegenstand von Erörterungen an anderer Stelle gemacht werden, und glauben andererseits die Haltung der jungen Offiziere verteidigen zu müssen, welche im Heere und außerhalb des Heeres gegen ihre höchsten Vorgesetzten Stimmung zu machen und einen Zusammenstoß gegen sie zu organisieren versuchten. Sie mischen sich hiermit in einen Unterschied zwischen Disziplin und Gehorsam. Ich bin dagegen der Ansicht, daß es nur eine Art von Disziplin gibt, und daß sich diese mit dem anbedingten Gehorsam deckt. Ich stimme mit Ihnen vollkommen darin überein, daß die Reichswehr verloren ist, wenn die Basis der Disziplin, der Kameradschaft, der Ehre und des Wehrwillens verlassen wird. Gerade das ist stets die Richtschnur meiner Tätigkeit gewesen, und ich habe die Pflicht darüber zu wachen, daß diese Grundzüge nicht durch Zerstückelung durch politische Strömungen für Führer und Truppe auseinandergerissen und die Reichswehr zu Parteizwecken mißbraucht. Das deutsche Heer ist das härteste und gehoramsame Werkzeug seines Staates gewesen; es solches gebente ich es trotz aller Anfeindungen, woher sie auch kommen, zu erhalten. Ich werde dieses Schreiben als „Offener Brief“ der Presse übergeben.

Dolchstoßlegende in neuer Auflage

„Köpfe werden in den Sand rollen!“ Vor dem höchsten Gericht des Reichs hat Hitler es gewagt, diese Drohung auszusprechen, und niemand zweifelt daran, daß er, dem politische Hysterie und Größenwahn den Kopf umnebelt, diese Drohung ernst gemeint hat. Es paßt gut zu dieser Fanfare, daß schon seit einigen Wochen Nationalsozialisten und Gelbe im Bunde wieder einen Verleumdungszug als Neuaufgabe der Dolchstoß-Legende betreiben.

Angefangen hat diese Hehe mit einer Unverfrorenheit des „Völkischen Beobachters“, der kürzlich behauptete, die November-Revolution sei von deutschen Sozialdemokraten, insbesondere von Scheidemann, mit französischem Geld finanziert worden. Der Beweis für diese Behauptung soll angeblich in einem vor einigen Monaten in Paris erschienenen Spionageroman mit dem Titel „En mission chez l'ennemi“ enthalten sein, als dessen Verfasser ein „Lieutenant Desgranges“ zeichnet. Tatsächlich dürfte es einen französischen Offizier dieses Namens nie gegeben haben. Das Buch, um das es sich handelt, ist vermutlich das Nachwerk eines kleinen Spionage-Agenten, der die Genialität gewisser nationalsozialistischer französischer Kreise zu einem geschäftlichen Erfolg auszunutzen verstand und der zu diesem Zweck die größten Lügen und die längst vermoderten Greuellegenden über die Kriegsverbrechen der deutschen Truppen aus der Kriegspropaganda wieder aufklopft.

Es ist bezeichnend, daß sich die sonst so „nationalen“ gelben und nationalsozialistischen Blättchen nicht scheuen, aus solchen übelduftenden deutschfeindlichen Wäldern Honig zu saugen. Ja, es werden sogar unter Berufung auf das Nachwerk des französischen Spionage-Agenten mit falscher Uebersetzung Dinge als bewiesen hingestellt, die selbst dieser Deutschenfresser nicht zu behaupten gewagt hat. In dem als Beweis angeführten Buch ist z. B. in keiner Zeile auch nur der Verdacht ausgesprochen, daß Scheidemann zu jener Zeit in Verbindung mit Franzosen gestanden hätte, bestochen worden oder der Bestechung zugänglich gewesen sei! Diese Unterstellung des „Völkischen Beobachters“ ist eine aus den Fingern gefogene gemeine Verleumdung ohne jede auch nur scheinbare Unterlage. Das französische Buch erwähnt Scheidemann (ebenso wie auch den vom „Völkischen Beobachter“ gleichfalls verdächtigten ehemaligen Volksbeauftragten Haase) lediglich innerhalb einer, übrigens ziemlich schiefen Darstellung der innerpolitischen Lage Deutschlands im letzten Kriegsjahr als Führer anderer Parteigruppen, in derselben Weise, wie auch eine Anzahl anderer Persönlichkeiten aus Politik, Diplomatie und Wirtschaft.

Der „Völkische Beobachter“ und seine gelben Gefolgsleute haben aus dem fragwürdigen Buch des Franzosen als angebliches Beweismittel ein nichtdatiertes Schreiben des damaligen (1918) Militärattachés der französischen Gesandtschaft im Haag hervor, in dem die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird, einigen genannten „Organen der sozialdemokratischen Minderheit“ Geld für Propagandazwecke zur Verfügung zu stellen. Unmittelbar darauf wird dann mitgeteilt, daß der tüchtige Attache seinen Plan nicht durchführen konnte, weil die Regierung Clemenceau sich jeder Teilnahme an einer revolutionären Propaganda in Deutschland widersetzt! Sie beschloß nämlich ein Uebergreifen der revolutionären Welle auf das eigene Land. Ueber eine sonstige französische Mitwirkung an den Novembervorgängen ist selbst nach der zweifelhaften französischen Darstellung nichts zu entnehmen als die Angabe, daß Propagandamaterial nach Deutschland eingeschmuggelt worden sei, als das alte, lächerliche Märchen von Waffenkäufen im Ausland und die sicher erlogene Behauptung, daß der Verfasser Mitglied eines revolutionären Komitees in Berlin gewesen sein will. Er widerspricht sich dabei selbst, indem er angibt, daß er im November 1918 nicht in Berlin, sondern in Paris gewesen sei!

Aus dem ganzen Charakter des Buches und aus der oft ganz mangelhaften Sachkenntnis ergibt sich klar, daß viele Angaben reine Großsprechereien eines Wichtigtwärs sind. Wie wenig Vertrauen der Verfasser verdient, zeigt, daß er nicht einmal die Namen der Leute richtig kennt, zu denen er angeblich Verbindung gehabt haben will. So bezeichnet er in seinem Buch die Gräfin eines „Revolutionären Professoren Komitees Liebnicht-Redebourg-Piede“. Er hat sich also nicht einmal die Mühe gegeben, die Wahrscheinlichkeit seiner phantastischen Erzählungen durch die oberflächlichste Anpassung an die Tatsachen zu prüfen.

Um das Bild der zweifelhaften Persönlichkeit dieses Kronzeugen der nationalsozialistischen und gelben Verleumdungen abzurufen, sei erwähnt, daß sein Buch erfüllt ist mit seitenlangen Erzählungen über kaltdürftige und raffinierte Mordtaten an einigen Duzend Deutschen, Holländern und Belgiern (Männer und Frauen!), die durch seine französisch-belgische Bande angeblich aus Spionagerückfällen auf holländischem (neutralen) Boden umgebracht wurden. Dasselbe Band verfolgte nach dem Bericht des Verfassers Desgranges den Plan, den Kaiser nach seinem Uebertritt auf holländischen Boden zu ermorden, und nur durch einen Zufall kam der Plan nicht zur Ausführung!

Aber sogar von diesem Desgranges, dem Rörder und Giftmischer, den sich unsere nationalsozialistischen und gelben Verleumder als Bundesgenossen erwählt haben, hätten sie noch Anstand lernen können. Denn selbst er sagt in seinem Buch über die deutsche Volkserhebung von 1918: „Nicht wir haben die Revolution verursacht. Das Elend des Volkes, die Hungersnot und die Gewißheit der militärischen Niederlage waren die Ursachen.“ Wo bleibt da die Dolchstoß-Legende? Nun, Herr Hitler braucht sie, um sich bei den Reaktionsären alten Stils, die ihm heute nicht mehr so ganz trauen, beliebt zu machen. Er wird auch in Zukunft in seinen Reden „die Köpfe rollen lassen“, denn es kommt ihm weniger auf die Wahrheit als auf den Effekt an, den er mit solchen blutdürstigen Redensarten bei seiner hysterischen und unteilslosen Anhängerenschaft erzielt.

Die Staatsretter des Mittelstandes bestochen?

Die Hausbesitzervertreter in Unhalt der politischen Bestechung beschuldigt

Dessau, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ein Bestechungsandal, der bis nach Berlin seine Wurzeln nicht, wird augenblicklich in Dessau aufgerollt. Zwei Abgeordneter der Abgeordnete des Anhaltischen Landtages, Karzahn und Günther mit Namen, werden für 10.000 und 20.000 Mark Bestechungsgelder dafür gelobt zu haben, daß sie im vergangenen Jahre der Verstaatlichung der Anhaltischen Salzwerke an die Preussische Regierung zustimmten. Die Verstaatlichung der Salzwerke an die Preussische Regierung ist ein harter Kampf hervorgerufen, weil die Demokraten und den beiden genannten Abgeordneten in eigener Regie des Staates nicht mehr rentabel seien, Kali-Chemie u. s. w. verpackten wollten, die Sozialdemokratie jedoch einer Verstaatlichung an einen Privatkonzern zustimmen konnte.

Die Bestechungsgelder sollen entweder von der Berliner Handels- und Grundbesitz, einem Hausbesitzer-Unternehmen, oder ihrer Tochtergesellschaft, der Deutschen Realkreditbank in Dessau, entnommen worden sein. Beide genannten Banken sollen an der Verstaatlichung des Anhaltischen Landtages in der Preussischen Regierung ein Interesse gehabt haben, als Preussen die Verstaatlichung im Reichsrat zu der Reichsfinanzkommission der Reichsbank von der Annahme des Preussischen Vertrages abgemacht haben soll. Jetzt steht durch eigenes Geständnis der beiden Abgeordneten bereits, daß sie die genannten Bestechungsgelder erhalten. Fraglich bleibt der Vorwurf der Bestechung, der von den Beschuldigten bestritten wird. Die Prüfung dieser Frage hat der Anhaltische Landtag in seiner letzten Sitzung eines Untersuchungsausschusses eingeleitet, der am Dienstag erstmals zusammentrat unter anderem Beschluß den preussischen Ministerpräsidenten an und den Bundesminister Dr. Schreiber als Zeugen anzunehmen. Die Vernehmung soll in Berlin geschehen, und

zwar soll Zeit und Ort der Vernehmung mit den Ministern, neben denen auch die Direktoren Böke und Osterhoff von der Preussischen Regierung vernommen werden sollen, vereinbart werden. Auch im Berliner Kommunalandal war der am schwersten durch Bestechung Bloßgestellte ein wirtschaftsparteilicher Stadtrat.

Seedt für Aufrüstung

Curtius weiter für Abrüstung

Am Montag tagte der Auswärtige Ausschuss. Seine Sitzungen sind nicht öffentlich. Aus den vertraulichen Sitzungen berichtete am Dienstag morgen der Jüngerbergsche „Tag“ das folgende: Für die Deutsche Volkspartei sprach Generaloberst von Seedt. Er behandelte sehr eingehend die Abrüstungsfrage und forderte eine Aufrüstung, da die Genfer Verhandlungen gescheitert seien und auch von der Locarno-Politik eine wesentliche Beruhigung der internationalen Lage für Deutschland nicht zu erwarten sei.

Es ist bekannt, daß Herr von Seedt persönlich für die Aufrüstung eintritt. Zur Deutschen Volkspartei oder gehört nicht nur Herr von Seedt neuerdings, sondern auch der Außenminister Dr. Curtius. Herr Curtius ist in Genf für die allgemeine Abrüstung, nicht für die Aufrüstung eingetreten. Der Jüngerbergsche „Tag“ sucht mit seiner irreführenden Mitteilung den Eindruck zu erwecken, als ob der Reichsaussenminister in Genf ein doppeltes Spiel getrieben habe. Es ist Richtigungen sind in der Montagssitzung des Auswärtigen Ausschusses nicht erfolgt. Eine Entscheidung darüber, daß die Volkspartei sich von der Außenpolitik von Dr. Curtius und damit von Stresemann abgewandt habe, ist in keiner Weise getroffen worden. Die Indistretion des Jüngerbergschen „Tag“ aus dem Auswärtigen Ausschuss verfolgt lediglich den Zweck, der deutschen Außenpolitik Schwereigkeiten zu bereiten und die deutschen Reichsinteressen zu schädigen.

Hitlers politische Anfänge

Sechs Monate nach der Revolution bekannte er sich zur Bolschewistenrevolution

Während des letzten Wahlkampfes konnte man in nationalsozialistischen Versammlungen immer wieder hören, daß Hitler sich habe an dem Tage, an dem das alte Reich zertrümmert wurde, „erhoben“ den Kampf gegen die Republik, gegen den „Kommunisten“ und „Bolschewisten“. Die Wirklichkeit ist, wie die „Kommunisten“ mitteilen, jedoch anders. Hitler, als junger Mann nach der Revolution, bekannte sich nicht zu einer Bekämpfung der Bolschewisten, sondern zu einer Bekämpfung der Bolschewisten in der Reichswehr und in der Reichswehr. In dieser Bekämpfung der Bolschewisten in der Reichswehr und in der Reichswehr wurde, wie Hitler für Major

Rumpff polemisierte, bekannt, daß Hitler auf Veranlassung der Bolschewistenrevolution.

Alle sechs Monate nach der Revolution ging Hitler mit den „Novemberverbrechern“.

Ein Sentimentsführer als Separatist entlarvt

Das Vortagsblatt in Sachheim am Rhein hat die Behauptung, die das Reich der Reichswehr Staatsrates, Weingartenbiller, Haacklein, gegen zwei Sachheim Bürger angebracht, als unwahr und falsch in den Köpfen der Reichswehr gerichtet. Die

der Teilnahme an den Separatistenversuchen des Jahres 1923 beschäftigt. Das Gericht hat den Angeklagten für schuldig erklärt, daß Sachheim zu einer Zeit, als das Reichsgericht in Sachheim seinen Sitz hatte, an dem Reichsgericht teilgenommen hat, um die Verurteilung in Sachheim abzuhalten. Sachheim hat sich bei Sachheim Verleumdungen in der Reichswehr unterhalten, die die Verurteilung des Sachheim von Sachheim und dem Reichsgericht entgegensteht. Sachheim hat die Reichswehr unterhalten, die die Verurteilung des Sachheim von Sachheim und dem Reichsgericht entgegensteht.

25 Pf.

Einheitspreise

25

- 1 Taschenmesser
- 1 Seifenbehälter
- 1 Reibeisen
- 1 Salatbesteck
- 3 Mundgläser
- 1 Topfuntersatz
- 1 Tablett
- 1 Fleischklopfer
- 1 Schock Klammern
- 2 Kaffeelöffel
- 1 Suppenkelle
- 1 Suppensieb
- 1 Staubtuch
- 1 Stück Rasierseife
- 1 Rasierapparat
- 1 Parfüm
- 1 Seifenschale
- 5 Oktavhefte
- 4 Schreib- u. Rechenhefte
- 1 Tuschkasten
- 2 Mapp. Briefpapier
- 3 Spardosen
- 2 Roll. Toilettepapier

45 Pf.

90 Pf.

90 Pf.

45 Pf.

- 1 Springform groß
- 1 Deckelhalter
- 1 Aluminium-Topf
- 1 Aluminium-Tiegel
- 1 Salatbesteck mit Fischgabel
- 1 Wiegemesser
- 1 Nussknacker vernickelt

- 1 Pfeilkessel
- 1 Backform groß
- 1 Tiegel große Form, Eisen
- 1 Wäscheleine 35 Meter
- 1 Aluminium-Topf mit Deckel
- 1 Einkaufsnetz
- 1 Tortenheber

- 6 Staubtücher
- 1 Leilwärmer
- 1 Paar Hosenträger
- 1 Herrenbinder
- 1 Kragenschoner
- 1 Frotteier-Handtücher
- 1 Geldbörse

- 1 Löscher
- 1 Kartenständer
- 1 Haarbürste
- 1 Zigarettdose
- 1 Armelplättbrett
- 1 Hammer
- 1 Tuschkasten

- 1 Halter für Toilettepapier
- 1 Hammer
- 1 Handsäge
- 2 Schraubenzieher
- 1 Tube Zahnpasta
- 2 Taschentücher
- 1 Handtuchhalter
- 1 P. Sockenhalter
- 1 P. Strumpfhalter
- 1 Eierschneider
- 1 Frisierkamm
- 1 Taschenkamm
- 1 Seifendose
- 6 Kragenknöpfe
- 4 Bleistifte
- 12 Ansichtskarten
- 1 Perluntersatz
- 1 Tomatenmesser
- 1 Zahnbürstenstiel
- 1 Zahnbürstenhalter
- 1 Toilettenbürste
- 10 m Schrankspitze aus Pappe
- 1 Bohrer mit Griff
- 1 Gasanzünder

Unsere Einheitspreis-Abtlg. im Erdgeschoß bringt Gebrauchsgegenstände aller Art zu außergewöhnlich billigen Preisen! Jeder Artikel ein Schlager! — Einige Beispiele:

- 1 Messerkasten
- 1 Suppensieb mit 2 Griffen
- 1 Ausklopfer
- 1 Einkaufsnetz
- 1 Fußwärmer
- 1 Kleiderbürste
- 1 Schuhbürste
- 1 Spülbürsten-Garnitur
- 1 Nähkorb mit Zug
- 1 Nähkästen
- 1 Ascher

- 1 Obstschale
- 1 Vase
- 1 Kakaokanne
- 1 Ascher mit 4 Strohkorn
- 1 Handspiegel
- 1 Spiegel mit Metallrand
- 1 Tintenfaß
- 1 Tuschkasten
- 1 Nähkorb mit Zug
- 1 Handkoffer
- 1 Paar Handschuhe

- 1 Schlüsselertasche Leder
- 1 Schuhkasten
- 1 Spannsäge
- 1 Bogensäge Eisen
- 1 Tresor Leder
- 1 Aluminium-Tiegel
- 1 Aluminium-Topf 2 GröÙe
- 1 Drahtsieb
- 1 Rasierspiegel-Garnit.
- 1 Schnittdose Aluminium
- 1 Zwiebelschneider

- 1 Fuchsschwanz
- 1 Kinderpost
- 1 Halmaspiel
- 1 Paar Herrensocken
- 1 Kragen 4 fach Makro
- 1 Paar Hosenträger
- 1 Herrenbinder
- 1 Geldbörse Leder
- 1 Nagellack-Garnitur
- 1 Büchsenöffner
- 1 Rasierspiegel mit Vergrößerung

WERTHEIM

Stadttheater

Montag, 25.10. um 22.30 Uhr
 4. Lohengrin-Operette, Serie 2
Reues vom Tage
 Sonntag, 23.10. um 21.15 Uhr
Die Fledermaus
 Freitag, 21.10. um 20.15 Uhr
Sonnhäuser

Bobo-Theater

Telefon 34747
 Montag, 25.10. um 22.30 Uhr
Katharina Knie
 Sonntag, 23.10. um 21.15 Uhr
Der 1. Akt
MIL CHENEY'S BENE
 Freitag, 21.10. um 20.15 Uhr
Die 1. Akt

Zentral-Theater

Montag, 25.10. um 22.30 Uhr
 2. Akt, Schachspiel
WILLY L. SCHNEIDER

Klassiker

Operetten Tel. 34333
 Donnerstag, 24.10. um 21.15 Uhr
Die Schöne und das Biest
 Freitag, 25.10. um 20.15 Uhr
Die Schöne und das Biest

Drei Musketiere

1. Akt
 2. Akt
 3. Akt
 4. Akt
 5. Akt



TABERNEURPLATZ 11. DAS TONFILM-KUNSTWERK

UNTER DEN BÄCHERN VON PARIS
 VON BENI CLAIR
 2.3.7.3 - 3.3.5.7.3

WIEBICH

Theater - Tel. 34696
Jazz
Alle!
Bobbie Hind's
 Programm
 Dienstag, 25.10. um 21.15 Uhr
 Freitag, 21.10. um 20.15 Uhr
 Sonntag, 23.10. um 21.15 Uhr

AKAZAR

BROADWAY
GARTENSIR-65
VERGILINS
WRETTSTANZ
PASTETE.

Montag, 25.10. um 22.30 Uhr
 Freitag, 21.10. um 20.15 Uhr
 Sonntag, 23.10. um 21.15 Uhr

Schlesische Philharmonie.
 GroÙes Konzert
 Sonntag, den 26. Oktober, 20 Uhr
Volkstümliches Konzert
 H. Sinfonie... L. von Beethoven
 Leitung: Professor Dr. Georg Dehne
 Bei kleinen Preisen Mk. 0.50, 1.-, 1.50, 2.-
 Kartenverkauf täglich in der Geschäftsstelle der Schlesischen Philharmonie (Stadttheater)
 wochentags von 9-14 Uhr und 17-19 Uhr.
 Abendkasse 1 Stunde vor Beginn.

Bräuers Festsäle

Montag, 25.10. um 22.30 Uhr
Der heilige verkehrte Ball
 Der bekannteste Betrieb - Die neue Kapelle

WAPPENHOF
 Montag, 25.10. um 22.30 Uhr
GroÙe Familien-Kochkurs-Vorstellung
 mit dem populären Spezialitäten-Kochprogramm
 Eintritt: Erwachsene 30 Pf. Ab 6 Uhr: volle Abendunterhaltung mit Ball
 2 Kapellen u. Orchester, 200 Pf.

erzählt von Willy Cohn
Friedrich Engels
 Buchhandlung Volkswacht

Autobus-Sonderfahrten

Freitag, den 25. Oktober
 Sonntag, 26. Oktober
 Montag, 27. Oktober

Partei-freunde

kaufen Bahntickets, verlangen in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

Suche Sentimentalier

Lippert, Heinrichstraße 16.

Schlafzimmer

billig abzugeben
S. Brandt & Co.
 Gartenstr. 63, I (Broadway)

Baby-Wäsche

gebühren 0.20, 0.25
 Baby-Wäsche 0.20, 0.25
 Baby-Wäsche 0.20, 0.25
 Baby-Wäsche 0.20, 0.25

Leerzimmer

ein möbliertes Zimmer
 mit Badezimmer gegen eine
 größere Etage. Schöne
 Aussicht. 37, III, rechts.

Lehrer

ein möbliertes Zimmer
 mit Badezimmer gegen eine
 größere Etage. Schöne
 Aussicht. 37, III, rechts.

Lehrer

ein möbliertes Zimmer
 mit Badezimmer gegen eine
 größere Etage. Schöne
 Aussicht. 37, III, rechts.

Glänzende Existenz

Verkaufe mein tadelloses Maschin-Kopier-Gerät
 Maschinen, Möbel usw. billigst
Jacobsohn, Nikolai-Str. 19, III



Bratensoße, pikant und reichlich - für 15 Pfg.

Sie wissen, wie viele Zutaten man braucht und wie viel Zeit und Mühe es kostet, um eine pikante und schmackhafte Tunke zuzubereiten. Knorr nimmt Ihnen diese mühselige Arbeit ab, denn in jedem Würfel „Knorr-Bratensoße“ ist alles Notwendige schon fix und fertig enthalten. Ein Würfel zu 15 Pfg. gibt soviel Soße wie 2 Pfund Braten.



Breslauer Nachrichten

Ernährung von Mutter und Kind

Wanderausstellung im Städtischen Jugendheim

In den unteren Räumen des Städtischen Jugendheims, in der Matthiaskunst 2, wird eine kleine Ausstellung, deren Wichtigkeit aber im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Größe steht. Den Frauen, Müttern und werdenden Müttern der Stadt Breslau soll, wie Dr. Freund bei der Wanderausstellung im Städtischen Jugendheim...

Der Versuch dazu ist bei Kapitel „Hygiene der Säuglings- und Kleinkindernahrung“ gemacht worden. Allerdings sollte man dann darauf achten, für ein Neugeborenes, dessen durchschnittliche Länge 50 cm beträgt, nicht eine Wanne mit 70 cm Durchmesser hinzustellen. Auch wäre es vielleicht richtiger, an Stelle der „antiseptischen“ Vorrichtungen, wie zum Beispiel: „Das Hemd wird fünfmal am Tage mit vierstündigen Wässern angelegt“, oder: „Das Kind wird in der Nacht nicht in diese Regellungen als empfehlenswerter hinzustellen, auch auf eintretende Ausnahmen hinzuweisen, denn dies ist der Ausstellungsart ist keine Maschine, sondern ein lebendiges Kind, und die Formen seiner Erziehung müssen lebendig und nicht gehalten werden.

Wichtig ist praktisch, leicht fasslich, kurz und dabei doch das Wesentliche herausarbeitend, liest sich die kleine Ernährungsfibel. Eine kleine Buch gehört in die Hand jeder Ausstellungsergänzerin — ja, die Veranstaltung wird überhaupt erst dann wahrhaftig wirksam, wenn es den Frauen ermöglicht ist, zu Hause in einer stillen Stunde an Hand der Broschüre langsam und allmählich durchzugehen. Wie viel Zerlegen, viel Überdauern, viel Unkenntnis auf dem Gebiet der Säuglings- und Kinderpflege räumt diese Ausstellung auf, und da sie mit wirtschaftlichen Möglichkeiten rechnet, so ist es zu wünschen, daß gerade die proletarische Frau in den nächsten Tagen — solange ist die Ausstellung eröffnet — die größte Interesse gegen ihren Besuch bekunden möchte. Dieser Unzulänglichkeiten materieller und organisatorischer Art die Veranstaltung hinter der der 5. Wohlfahrtsverband in Verbindung mit dem Städtischen Jugendamt steht, E. R.

Das Los der Kriegsblinden

Bezirksstagung des „Bundes erblindeter Krieger“

200 Kriegsblinde sind im Bund erblindeter Krieger zusammengeschlossen, womit fast restlos alle Kriegsblinden erfasst sind. 179 gibt es im Bezirk Niederschlesien. Die in dieser Opfer des Krieges hatten sich unlängst im „Cosina“ einer außerordentlichen Bezirksstagung zusammengekommen, um den Versorgungs- und Fürsorgebehörden ihre Wünsche und Bestrebungen vorzutragen. An erster Stelle ihrer Tagesordnung steht die Bekämpfung eines Arbeitsplatzes und der Kampf um den Arbeitsplatz. Ist aber ein Kriegsblinder arbeitslos, so ist es besonders schlimm um ihn bestellt; denn er verliert dadurch das, was er unter Ausbietung aller Energie hat und darum wäre es am Besten, ihn so schnell wie möglich wieder in einer Arbeitsstelle unterzubringen. Ueber die Arbeitslosenfürsorge der Kriegsblinden sprach Herr Dr. Herold-Breslau. Er bedauerte, daß sich viele Arbeitslose immer absehnend gegen die Einstellung eines Kriegsblinden verhalten, trotzdem der Beweis erbracht sei, daß er durch seinen Beruf auszufüllen vermag. Wie Kamerad Koschatek berichtete, stehen den Kriegsblinden drei Erholungsheimen zur Verfügung, die aber von Schlesien so weit entfernt sind, daß sie für die schlesischen Kameraden in Betracht kommen. Der Redner begründete die Idee des Bundes dahin, einen Fonds zu schaffen, aus dem für die Erholungsreise gewährt werden. Ueber die Schwierigkeit des Siedelns berichtete Kamerad Maron-Obernigk. Die Finanzierung des besonders von Kriegsblinden so sehr begehrten Eigenheims stellt sich meistens als eine große Aufgabe heraus, die geeignet ist, die Kameraden zu gefährden und die Freude am Eigenheim zu nehmen. In seinen Worten setzte sich sodann noch Kamerad Herold die Bekämpfung der Hinterbliebenen ein. Landesrat Tisch, Vertreter des Landeswohlfahrtsamtes und Fürsorgestellen Breslau-Stadt erkannte durchwegs, daß an vielen Stellen geholfen werden müßte; doch sind die Mittel sehr beschränkt und dürfen nicht um einen Pfennig überschritten werden. Er versicherte, daß der Wille zu Hilfe vorhanden sei, daß aber die Wohlfahrtspflege heute im Bestand der modernen Fürsorge überhaupt kümmerlich, um nicht zu sagen veraltet ist. Die Finanzierung des Eigenheims liegt in die veraltete Armenfürsorge zurückzufallen. Auch Kriegsblinde Dr. Schwandt vom Hauptfürsorgeamt ist sich bereit, gern für die Wünsche der erblindeten Krieger zu wirken.

Wieder ein Verkehrstote

Eine Frau lebensgefährlich verletzt. In der Ecke Berliner Platz, Schweidnitzer und Nikolai-Strasse ereignete sich gestern Abend ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Kraftwagen rief über den Fahrdamm gehende Babuße aus Mühlberg um, die so unglücklich verletzt wurde, daß sie mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Sie hat bis zur Stunde noch nicht wiedererlangt.

Wichtigster Nachbericht

am letzten Tage. Gestern Mittag gegen 13 Uhr, also am hellen Tage, verlor ein 20 Jahre alter Mann im Hofe des Hauses 20 einen Geldbeutel. Als eine 20jährige Hausbesitzerin vorbeiging, fiel der Geldbeutel in den Hof. Die Frau nahm den Beutel auf und brachte ihn dem Mann zurück. Da der Mann den Beutel nicht wiedererlangt, hat er die Frau mit 20 Reichsmark belohnt. Die Frau hat den Beutel nicht wiedererlangt.

Arbeitsbeschaffungs-Programm der Reichspost für den Direktionsbezirk Breslau

Alle Arbeiten müssen ohne Ueberstunden geleistet, Arbeitskräfte nur durch die Arbeitsämter angefordert werden — Herabsetzung der Preise mit Auftragserteilung verbunden

Im Rahmen der sogenannten großen „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ hat auch die Deutsche Reichspost ein solches Programm zur Arbeitsbeschaffung aufgestellt und für das gesamte Reich dafür einen Betrag von 200 Millionen Mark angelegt. Immerhin eine Summe, für die schon ein schönes Stück Arbeit sichergestellt werden kann, zumal beruht dieses Programm auf der Beschaffung von Arbeitskräften, die hauptsächlich um Qualitätswaren handeln, die naturgemäß einen großen Teil des genannten Betrages allein für Arbeitslöhne beanspruchen. Allerdings darf bei all diesen „Arbeitsbeschaffungsprogrammen“ nie übersehen werden, daß auch die notwendigen laufenden Arbeiten enthalten sind, die ohnedies geleistet werden müssen und alljährlich in den Etat eingeseht werden. So auch hier bei dem Programm der Reichspost. Erst aus dem Betrag der über diesen notwendigen Etat hinausgeht — der aber nur schwer festzustellen ist — wäre zu ersehen, in welchem Maße wirkliche Notmaßnahmen getroffen worden sind. Immerhin bleibt anzuerkennen, daß wenigstens von dieser Seite versucht wird, etwas zur Verringerung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit beizutragen.

Bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost handelt es sich aber nicht allein um eine reine Auftragserteilung, sondern man will dabei vor allem sein Augenmerk auch auf eine Senkung der Preise richten, um so zu einer Herabsetzung der Kosten zu kommen. Namentlich soll die schlesische Industrie mit ihren Preisen es oft unmöglich machen, daß von zentralen Stellen aus Schlesien mit größeren Aufträgen bedacht wird.

In einer Pressebesprechung in der Oberpostdirektion Breslau gab der Präsident der Oberpostdirektion, Lebben-Johann, zunächst einen Ueberblick über die im Rahmen des gesamten Beschaffungsprogramms zugebachten Mittel und Arbeiten im Bereich des Oberpostdirektionsbezirktes Breslaus. Insgesamt stehen hierfür gegen 9 Millionen Mark zur Verfügung. Der Präsident der Oberpostdirektion wies darauf hin, daß der Arbeitslosigkeit nicht nur durch Verteilung von Aufträgen zu steuern ist, sondern auch durch die Herabsetzung der Preise verbunden ist, würde das Arbeitsbeschaffungsprogramm ein Schlag

ins Wasser sein. Gerade die schlesische Wirtschaft hätte alle Verantwortung, diesen Gesichtspunkt Rechnung zu tragen. Die Oberpostdirektion sei schon seit langem bemüht, möglichst viel Aufträge an schlesische Firmen zu vergeben. Erinnert wurde an das neu errichtete Postschekamt, wo über 3 Millionen in Schlesien verblieben. Die Berücksichtigung Schlesiens falle aber manchmal schwer, weil die schlesische Industrie vielfach höhere Preise fordert als Mittel- und Westdeutschland. Um zu erreichen, was wir vorhaben, so erklärte der Präsident, müssen die Arbeiten ohne Ueberstunden ausgeführt werden und mehr Menschen Beschäftigung finden. Die neu einzustellenden Arbeitskräfte müssen von den Arbeitsämtern angefordert werden.

Anschließend an diese Ausführungen gab dann der Presse-Bezirksamte, Herr Oberpostrat Selle, einen weitergehenden Ueberblick über die Arbeiten, die von den 9 Millionen Mark bestritten werden sollen. Von den 200 Millionen Mark, die von der Deutschen Reichspost zur Ankerbelastung der deutschen Wirtschaft bereitgestellt worden sind, kann nur ein Teil auf Schlesien entfallen. Die schlesische Industrie komme für alle Aufträge nicht in Frage, da hier die Schwachstromindustrie und die Kabelindustrie fehlt. Trotzdem verusche man, andere Aufträge für Schlesien zu erlangen, so z. B. sei Schlesien der Hauptlieferant von Briefbeuteln. Der Referent sprach dann über die einzelnen Bauvorhaben. Der kürzlich beendete Neubau des Breslauer Selbstanschlußamtes Norden, soll jetzt innerlich fertig ausgebaut werden, daselbst will man an dem neuerrichteten Selbstanschlußamt Gabis vornehmen. Ueber eine halbe Million Mark sollen für Neubauten für das Kraftpostwerk Breslau verwendet werden. Für Baudarlehen an wohnungslose Beamte werden für 295 Wohnungen an 1330 000 Mark ausgeworfen. Ausstattung der Diensträume mit Möbeln, Dienstgeräten, Maschinen, Instandsetzung von Dienstmöbeln und größere Instandsetzungsarbeiten erfordern ebenfalls mehrere hunderttausend Mark. Außerdem sollen Bahnsteigwagen, Kraftfahrzeuge für den Telegraphen-Baubetrieb, Fernsprechanlagen für Sprechstellen, Kabelgerät und Hilfsbauwerke für den oberirdischen Fernsprekbau ergänzt werden. Das amtliche Fernsprechbuch wird demnächst in neuer Auflage herausgebracht.

Wesentliche Ausbauten und Erneuerungen sind in einzelnen Orten der Provinz vorgesehen, über die wir kurz im Provinzteil unserer heutigen Ausgabe gesondert berichten.

Verworfener Mieterstreit?

Breslauer Neubausmieter beschließen erneute Abstimmung

Eine am 20. Oktober tagende Vertreter-Versammlung des Neumieterverbandes Breslau e. B. beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Situation. Nach einem Bericht des Verbandsvorsitzenden Widera entwickelte sich eine sehr lebhaft leidenschaftliche Diskussion, in der einerseits die tiefe Unzufriedenheit über das Ergebnis der Deputationsarbeiten zum Ausdruck kam, andererseits aber auch betont wurde, welche Momente gegen eine Verschärfung des Kampfes sprechen. Die Versammlung erbat mit der einstimmigen Annahme der vom Verbandsvorsitzenden vorgelegten Entschließung. Anträge, die eine Verschärfung dieser Entschließung wollten, wurden gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die am Montag, den 20. Oktober tagende Vertreter-Versammlung des Neumieterverbandes Breslau e. B. hat zu dem Beschlusse der gemischten Deputation bezug des Magistrats Stellung genommen. Der gleiche Beschlusse betrügt die berechtigten Forderungen der Mieter nicht und ist nicht geeignet, das Vertrauen zur Mietpolitik der Siedlungsgesellschaft und des Magistrats wiederherzustellen.

Ferner hat die Vertreter-Versammlung zu den Beschlüssen des Siedlungsvereins Zimpel, wonach die Mietzahlung ab 1. November 1930 eingestellt werden soll, Stellung genommen.

Die Entscheidung ist für die Mieter nach jeder Richtung folgenschwer. Aus diesem Grunde beschließt die Vertreter-Versammlung, die Mieterchaft zur Entscheidung der Frage „Annahme des Magistratsbeschlusses oder Einstellung der Mietzahlung zum 1. November 1930“ selbst aufzurufen.

Zu diesem Zweck veranstaltet der Neumieterverband für die Mieter der Siedlungen Zimpel, Bopelwitz und Herdstraße eine Abstimmung am Sonntag, den 26. Oktober 1930.

Der Neumieterverband erwartet von der Mieterchaft, daß sie sich des Ernstes der entscheidenden Situation bewußt ist und sich restlos an der Abstimmung beteiligt.

Nach der Abstimmung wird der Neumieterverband keine Vertreter erneut zusammensetzen, um weitere Beschlüsse zu fassen.

Inzwischen wurde bekannt, daß der Räuber ein Fahrrad bei sich hatte, daß er vor der Haustür stehen gelassen hatte. Da sich vor dem Hause mehrere junge Leute aufhielten, die ebenfalls Räder bei sich hatten, wäre es möglich gewesen, den Räuber zu verfolgen, wenn die der hilferufenden Frau zu Hilfe eilenden Hausbewohner dem Räuber bis an die Haustür nachgelaufen wären und die dort stehenden Radfahrer verständigt hätten.

Das Licht verloscht

Immer merkwürdigere Autosfahrer-Methoden. In der Kreuzung Ahorn- und Majenzallee ist vorgestern Abend ein Personenkraftwagen zwei Radfahrer um, die zur Seite geschleudert und verletzt wurden. Ohne sich um die Opfer zu kümmern, raste der Führer weiter und verloschte auch im nächsten Augenblicke die Beleuchtung seines Wagens, um unerkannt zu entkommen. Da aber Personen aus benachbarten Häusern die Verfolgung ansahen, gelang es, genügend Anhaltspunkte zu erkennen, die die Ermittlung ermöglichen werden, falls es der Führer nicht vorziehen sollte, sich doch noch schnellstens selbst zu stellen.

Die Schott der Feuerwehre

Kleine Bekande und großer Qualm. Gestern kurz vor 12 Uhr wurde die Feuerwehre zu einem Schornsteinbrand nach Lehmgrabenstraße 48 alarmiert. Es handelte sich jedoch nur um zurückgebliebenen Rauch, der aus einer Schornsteinreinigungsröhre drang. Gegen 17 Uhr erfolgte ein Alarm nach Reuzelstraße 41. Hier hatten Dachbeder auf dem Dach Feuer gefacht; die kurze Qualmentwicklung ließ ein Feuer vermuten. Gegen 18 Uhr war Schulgasse 20a in einer im 2. Stockwerk gelegenen Wohnung durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Petroleumlampe der Inhalt eines Kleiderkastens in Brand geraten. Da das Feuer bald gelöscht werden konnte, konnte die Feuerwehre auf die notwendigen Aufräumungsarbeiten beschränkt. Heute morgen gegen 12 Uhr war im Scheinlager Parlan der Führer

brücke der Inhalt einer Papiersammelmaschine zur Entzündung gekommen. Das Feuer wurde mit der Eimerpritze gelöscht.

Bekämpfung der Unfälle durch elektrischen Strom

Der amtliche Preussische Pressebericht veröffentlicht nachstehend einen Auszug aus den Verhandlungen der Technischen Deputation für Gewerbe bei dem Ministerium für Handel und Gewerbe zu den im Kalenderjahre 1929 von den Gewerbeämtern gemeldeten Unfällen durch elektrischen Strom.

Die Sammlung von Berichten über Unfälle durch elektrischen Strom im 1. bis 4. Vierteljahr 1929 umfaßt 1232 Unfälle. Hier von entfallen auf Gleichstromanlagen 393, das sind 31,9 Prozent, und auf Wechselstrom 839 Unfälle, das sind 68,1 Prozent.

Unter diesen Unfällen befinden sich 116, also etwa 9,4 Prozent, die den Tod zur Folge hatten, davon 115, also etwa 9,3 Prozent, die in Wechselstromanlagen vorgekommen sind, während ein Todesfall aus einer Gleichstromanlage mit 220 Volt entfällt. In dem letzten Falle ist zu bemerken, daß der Tod nicht unmittelbar durch den Gleichstrom verursacht worden ist, sondern dadurch, daß die durch Kurzschluß entstehende Stromstärke die Kleider entzündete.

Sehr groß ist die Zahl von Unfällen an Lampen und deren Installationen in Höhe von 171, von denen 26 tödlich verlaufen sind. Weiterhin ergibt sich, daß auf Bohrmaschinen

Preußenlose zur 1. Klasse

Stall litt. Ein Fischer. Breslau I, Rauchstr. 66, Postschekkonto 12126

Die Aachener Bergwerfstatatrophe

Anwachsen der Totenziffer — Kilometerweit Zerstörungen — Was Augenzeugen berichten Warum das Sprengstofflager explodierte — Wenn erste Hilfe zu spät kommt . . .

Deutschland steht im Zeichen der Trauer. Noch sind die Arbeiten des furchtbaren Grubenunglücks von Neurode in Erinnerung — da meldet der Draht vom anderen Ende Reiches eine Katastrophe, die vielleicht weniger Opfer aber deswegen nicht minder grauenvoll ist. Der Schacht der Grube Anna II bei Aisdorf im Aachener Revier ist durch die Explosion eines unter Tage auf 245 untergebrachten Dynamitlagers zerstört worden; zur Katastrophe war die Tagelohn von 2000 Mann eingekehrt. Eine Meldung sagt die andere, enthält andere, größere Opferzahlen. Das eine ist gewiß: Zahl der auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallenen Arbeiter ist erschreckend groß; im ganzen dürfte sie sich auf etwa belaufen.

Schlachtfeld Aisdorf

Aisdorf liegt unweit der holländischen Grenze, inmitten des flachen Geländes des Burm-Reviere. Vor wenigen Jahren noch ein unscheinbares Dorf, ist der Ort bis auf fast

keine weitere ärztliche Hilfe erwarten. Keiner denkt daran, seine Oberkleider abzulegen, die wie Vogelschweifenbehänge, in den abgedeckten Wäldchen gependelt im Winde flattern.

Sie stolperten über Arme und Beine

Am 9 Uhr waren die ersten Toten geborgen. Unter ihnen auch eine Kriegerwitwe, die im Büro angestellt war. Als die ersten Verwundeten über Tage eintrafen, war es 9,25 Uhr. Alles stürzte sich auf die Ruhgeschwärtzen und Blutunfärben, um von ihnen Einzelheiten der furchtbaren Katastrophe zu hören. Mit zitternder Stimme, der noch die panische Todesangst im Klange lag, berichteten die Bergleute von ihrem Erlebnis. Vor kurzer Zeit stolperten sie noch über Tote im Schacht, über Arme und Beine.

Als die Explosion gehört wurde, wäre der erste Gedanke eines jeden gewesen: „Rette dich, wer kann“. Jeder wäre geflüchtet, keiner hätte etwas vom Schicksal seines Nachbarn gemerkt. In der Gegend des Explosionsherdes habe es stark nach verbrauchtem Dynamit gerochen.



Der Schauplatz des Unglücks: der Wilhelm-Schacht der Grube Anna II

Einwohner angewachsen. Hier im Umkreis von Aachen ist die Ortschaft an Ortschaft, Kohlengrube an Kohlengrube, Fabrik an Fabrik, ein kleines Revier. Kohlengelehrte, freudvollere Stellungen stehen in unmittelbarer Nachbarschaft der Schöte und Schächte. Im Umkreis der Jede steht dort jetzt aus wie nach einem Bombardement im Liege. Die Dächer sind abgedeckt, zahllose Fenster sind zertrümmert. Weinende Frauen stehen den Türnischen, auf allen Gesichtern malt sich die Besorgnis die Männer unten im Schacht. Man hört manches Schreien. Hoffend klammert man sich daran, daß viele der Tage arbeitenden Bergknappen sich nach anderen Revieren die Verbindungsschächte durchgeschlagen haben.

Einsturz des Förderturms

Die Explosion erfolgte morgens gegen 7,20 Uhr. Der Förderturm stürzte ein, der Schacht wurde verschüttet. Auch ein Kollager, das direkt unter dem Büro gelegen war, ging in die Luft. Ein Trümmerhaufen bezeichnet jetzt die Angehörigen irren suchend, weinend umher. Im Untertagebetriebe arbeitete außer der Frühshift noch ein Teil der Nachshift auf der Unglückssohle selbst waren Personen beschäftigt. Die telefonische Verbindung unterbrochen, noch um 12 Uhr mittags meldeten sich die Bergleute. Der größte Teil der Belegschaft konnte im Laufe des Vormittags durch die Schächte Anna I und III sowie durch Grube Adolf ausfahren. Der Versuch, sich an die dritte von einem Nachbarwerk aus heranzuarbeiten, gestaltete sich außerordentlich schwierig, da die Wasserpumpen und Luftmaschinen gestört sind.

Die schwarze Trauer

Während alle zur Verfügung stehenden Kräfte fieberhaft den Rettungsarbeiten beschäftigt sind, bietet sich an der Oberfläche des Schachtes ein Bild der Trauer: zu vielen Hunderten umlagern die Angehörigen der Eingeschlossenen die Unglücksstelle und versuchen in ununterbrochener Reihe zu Tage fahrenden Leuten. Beamte der Grubenversicherungscommission, Vertreter der Bergverwaltung, Journalisten, Filmleute bewegen sich durch die Reihen der weinenden Kinder und bangenden Arbeiterinnen in trauriger Benutzungsrichtung hindurch. Sie sind ein schriller Aufschrei: da hat eine Arbeiterin ihren Mann wiedererkannt, als Leiche. Die Frauen irren umher, vom Weintraum gestäubelt. Hier das Schicksal mit brutaler Hand das Glück der Liebe zerstört und Kinder, zahllos viele Kinder suchen ihre Väter.

Wo die Toten liegen

Im Knappschichtbetriebe bei Aisdorf werden die Toten geborgen. Unheimliche Stille des Schmerzes und der Erinnerung — da meldet der Draht vom anderen Ende Reiches eine Katastrophe, die vielleicht weniger Opfer aber deswegen nicht minder grauenvoll ist. Der Schacht der Grube Anna II bei Aisdorf im Aachener Revier ist durch die Explosion eines unter Tage auf 245 untergebrachten Dynamitlagers zerstört worden; zur Katastrophe war die Tagelohn von 2000 Mann eingekehrt. Eine Meldung sagt die andere, enthält andere, größere Opferzahlen. Das eine ist gewiß: Zahl der auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallenen Arbeiter ist erschreckend groß; im ganzen dürfte sie sich auf etwa belaufen.

Augenzeugenerbericht

Wir fassen einen von denen, die dem Verberben entronnen sind. Es ist ein Mann von etwa 30 Jahren. Stotternd beginnt er: „Was soll ich sagen? Unten ist alles voll Qualm. Ich bin blind darauflos gestolpert ins Nachbarrevier, über Leichen und Leichenteile hinweg. Möglich, daß sich noch viele meiner Arbeitskollegen gerettet haben. Die Schächte stehen miteinander in Verbindung. Man kann sich von einem zum anderen durchschlagen. So habe ich es ja auch getan. Die Explosion unter mir furchtbar. Das Gefühl über uns kramte zusammen. Unmittelbar nach der Explosion war aber auch schon der tödliche Qualm da. Es muß Dynamit in die Luft geflogen sein, mehr weiß ich nicht. Entschuldigen Sie mich, ich habe Frau und drei Kinder zu Haus, Sie werden begreifen.“

Gräßliche Schreie

Ein anderer Bergarbeiter erzählt, wie er gerade über Tag in der Nähe der Förderanlage zu tun hatte, als er plötzlich einen so furchterlichen Schrei hörte, daß er glaubte, die Erde habe sich gelöst. Er wurde erst benümmungslos, als er erwarnte, sah er sich auf einem Steinhaufen; der Ellenbogen war gebrochen. Unweit dieses Steinhaufens stürzte der Förderturm mit donnerähnlichem Getöse zusammen. Er begrub etwa zehn seiner Kollegen unter sich. Eine schwarze Wolke hing etwa 2,20 Meter hoch. Von überall her hatten gräßliche Schreie und dumpfes Stöhnen getönt, während man gleichzeitig hören konnte, wie unterirdische Gesteinsmassen sich knirschend zusammenpreßten.

Das Glück der Mutter

Eine Frau, Mutter dreier Jungen, die im Bergwerk arbeiteten, wartet auf ihre Söhne. Herzzerbrechend weint sie, weil sie die Jungen tot glaubt. Da kommen die drei vom Unglücksort her, einer leicht verletzt, die anderen unverletzt. Als wären sie ihr neu geboren, drückt die Mutter einen jeden von ihnen fest an Herz und weint vor Freude.

Ein geretteter Bergmann sucht seine Frau, der man gemeldet hat, ihr Mann sei tot. Die Frau läuft wie ohne Sinnen im Dorf herum. Ein Bekannter trifft sie, sagt ihr, daß er ihren Mann am Leben gesehen hätte und daß er sie suche. Bei dieser Nachricht fällt die Frau ohnmächtig vor Glück nieder. Und so gibt es eine Menge von geradezu erschütternden Szenen.

Betriebsrat Wasmuth

Seit Dienstag nachmittag löst die Bergverwaltung niemand mehr an die Unglücksstelle heran, auch die Pressevertreter nicht mehr. Außerdem werden keine amtlichen Meldungen mehr ausgegeben. Jedoch steht fest, daß die Schlen im Bergwerk nach nicht vollständig geräumt sind. Aus dem zusammengebrochenen Verwaltungsgebäude wurden von 30 verheirateten Angestellten bis jetzt 15 Tote geborgen, unter ihnen ist einer unserer tüchtigsten Parteigenossen im Aachener Revier, der Betriebsrat Wasmuth.

Wie war nun eigentlich diese furchtbare Explosion möglich? Das Grubenoberflächenamt im Aachener Revier hat eine dringende Mitteilung an den Aachener Bergwerksrat gemacht. Die für Lagerung, Transport, Überwachung und Ausgabe des Sprengstoffes in den Grubenbetrieben allerorts gültigen Bestimmungen, deren Einhaltung streng kontrolliert wird, besagen, so heißt das Grubenoberflächenamt hier geradezu mit einem Kniffel. Das die Explosion in erster Linie nach oben richtete, sei dadurch zu erklären, daß die explosive Kraft in dieser Richtung der geringsten Widerstand gefunden habe, weil sich der Lager auf der obersten Sohle der Grube Anna II befand. Auf diese Weise ist es zu erklären, daß die Schächte Anna I und Betriebsgebäude am allermeisten zertrümmert wurden. Sie zur genaueren Aufklärung.

Freilich: die Aufklärung des Dramas von Aisdorf macht es nicht ungeschehen. Kameradschaftlich bewegt senkt das Proletariat der ganzen Welt die Fahnen vor etwa einem halben Hundert seiner Brüder.

Letzte Meldungen von der Unglücksstelle

Aisdorf, 22. Oktober. (Eig. Funfbericht.)

Wahrscheinlich Totenzahl über 250.

Bis heute früh 6 Uhr wurden insgesamt 150 Tote der Grubenkatastrophe geborgen. Den Rettungsmannschaften gelang es, im Laufe der Nacht das Revier 3 auf der 360-Meter-Sohle halb zu durchsuchen. Die Reviere 9 und 10 auf der 4. Sohle sind dagegen noch immer nicht zugänglich. Man muß daher mit einer Erhöhung der Totenzahl um weitere 100 rechnen. Auch unter den Trümmern des Liebertagebaues sollen sich noch Tote befinden. Hier schreiten die Aufräumungsarbeiten ebenfalls nur langsam vorwärts. Alle Toten weisen furchtbare Verletzungen durch die Schlenberkraft des Luftdruckes und vielfach grauenhafte Brandwunden auf.

Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind die Munitionskammern auf den verschiedenen Sohlen intakt. Nur die Türen sind eingedrückt. Damit scheint die Annahme einer Dynamit-Explosion fallig zu sein. Ueber die Ursachen herrscht immer noch keine Klarheit. Wenn überhaupt, wird man sie erst nach Tagen feststellen können. Nach der Ansicht von Sachverständigen gibt man der Möglichkeit, daß sich von einer tieferliegenden Sohle eine Kohlenstaubeexplosion entwickelt hat, den Vorrang. Es kann aber auch sein, daß über Tage eine Explosion erfolgt ist, die in die Erde geschlagen und dort eine Kohlenstaubeexplosion hervorgerufen hat. Kohlenstaubeexplosionen über Tage im Schachtbereich kommen öfters vor.

Durch die Inbetriebnahme eines Blindschachtes, dessen elektrische Förderung gestört war, konnte die Bergung der Toten im Laufe der Nacht etwas beschleunigt werden; doch ist sie auf der 4. Sohle schwierig, da die Wasserhaltung nicht in dieser Tiefe arbeitet. Die Eigenart des Unglücks dürfte in der deutschen und in der internationalen Geschichte des Bergbaus einzig dastehen. Es ist bisher noch nie vorgekommen, daß durch eine Explosion ein Schacht vollständig zertrümmert wurde und die umliegenden Gebäude so schwer beschädigt wurden.

Der Sachberater für das Grubenversicherungswesen im freien Bergarbeiterverband, Schudy, hat sich an die Unglücksstelle begeben. Bei den Rettungsarbeiten hat sich der Arbeiteramateurverband Aisdorf besonders hervorgetan. Die Rettungsarbeiten unter Tage leitet die Hauptrettungsstelle Essen.

Ein freigewerkschaftlicher Betriebsrat berichtet von den Aussagen dreier Schwerverletzter, nach denen sie eine Flamme den Schacht herunterkommen sahen. Letzte der 250-Meter-Sohle berichten dagegen, der Explosionsdruck sei von unten her von der 360-Meter-Sohle gekommen. Diese Angaben nähern das Unglück noch rätselhafter.

Aisdorf, 22. Oktober. (Eig. Funfbericht.)

Die Meldung, daß die noch in der Grube eingeschlossenen Bergleute sich in der Gefahr des Ertrinkens befinden, wird von der Bergverwaltung dementiert. Das normal eindringende Wasser werde von den Pumpanlagen des mit Schacht „Wilhelm“ verbundenen Doppelschachtes „Adolf“ und der Pumpanlage, des im durchgängigen Betrieb mit dem Schacht Anna II verbundenen Schachtes Anna I unter fieberhafter Anstrengung ausgepumpt, so daß die Meldungen von der Gefahr des Ertrinkens der eingeschlossenen Bergleute unbegründet sind.

Eine furchtbare Bluttat

wird aus der Ortschaft Bals les Bains in der Nähe von Lyon gemeldet. In der vergangenen Nacht drang ein bis jetzt unbekannter gebliebener Uebeltäter in ein Lebensmittelgeschäft ein, erschlug den Besitzer, seine Frau und beide Kinder. Alsdann versuchte er das Haus in Brand zu stecken. Der Mörder hatte die vier Leichen mit Brennspritzen übergoßen. Das Feuer erlosch jedoch wegen Luftmangel. Bei seinem vierfachen Mord scheint der Mörder einen Kachektik begangen zu haben; denn im Schlafzimmer, wo man die furchtbar verbluteten und verbrannten Leichen auffand, lag auch noch eine Geldsumme von 12000 Fr.

Schwere Explosion

in einer tschechoslowakischen Munitionsfabrik

Eine Frau tot, sechs schwer verletzt

In der tschechoslowakischen Munitions- und Metallfabrik A.G. in Preßburg ereignete sich gestern nachmittag eine schwere Explosion. In einem Arbeitsraum, in dem Leuchtpatronen erzeugt werden, sprang von einer Kapselpresse die Kapsel ab und fiel in den Sprengstoff, der explodierte. Die Kleider der in dem Raum beschäftigten sieben Arbeiterinnen zogen Feuer und obwohl es ihnen gelang, sofort ins Freie zu entkommen, so waren die brennenden Kleider vom Leibe gerissen worden, erlitten sie doch so schwere Verletzungen, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen werden. Eine der Frauen ist bereits ihren schweren Brandwunden erlegen. Der durch die Explosion verursachte Brand konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

Kientimp geflohen

Der in einen schweren Korruptionskandal verwickelte ehemalige Zentrumsvizepräsident Kientimp, gegen den ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung und Verletzung schwebt, ist dem „Lokalanzeiger“ zufolge, nach Straßburg geflüchtet.

Anschlag auf einen Hamburger Journalisten

Auf einen Hamburger Gerichtsberichterstatter eines Blattes ist am Montag morgen ein Anschlag verübt worden. Als er seine Wohnung im Stadtteil Winterhude verlassen wollte, trat ihm auf der Treppe ein junger Mann entgegen und gab mehrere Schüsse ab. Es handelt sich um Patronen, die Tränergas enthielten. Der Überfallene hat leichte Verletzungen erlitten. Der Täter flüchtete sofort und wurde von Polizeibeamten verfolgt. In einem Fabrikbetrieb in der Altstadt wurde man einen 17-jährigen Raubverbrecher Kurt J. fest, der im Verdacht steht, der Täter zu sein. Der Verbrecher verweigert bisher jede Auskunft. Wachen wurden bei ihm nicht gefunden, doch scheint der junge Mann auf der Flucht einen Hammer von sich geworfen zu haben. Der Anschlag dürfte im Zusammenhang mit der Verhaftung des Raubverbrechers stehen.

Kampf um die Geburtenregelung

Die katholische Presse erging sich kürzlich in heftigen Angriffen gegen die Berliner Gynäkervereinigung, weil diese den Film "Antal" von Friedrich Wolf, der einen Bericht gegen den § 218 bedeutet, nach einigen Veränderungen und Ergänzungen für das Reich freigegeben hat.

Der Rückgang der Geburten ist in den meisten europäischen und amerikanischen Völkern zu beobachten. Das deutsche Volk scheint aber, wie es in allem gründlichen Arbeit leistet, nicht den natürlichen Selbstmord am gründlichsten vollziehen zu können.

Es ist richtig, Berlin steht heute an der Spitze des Geburtenrückgangs der Welt. Dann folgt Wien. Soweit geht aber das Urteil des Kardinal Faulhaber und des katholischen Episkopats nicht so weit, als zu erkennen, daß diese Tatsache nichts mit dem sittlichen Rückgang zu tun hat, sondern allein zurückzuführen ist auf den Krieg.

Das sagt aber die katholische Presse ihren Lesern nicht. Da polemisiert sie gegen den § 218 mit dem Hinweis auf Entscheidungen der Berliner Ärztekammer vom 3. Dezember 1928.

Daß es einen Verzeiherror für diesen Paragraphen gibt, ist bekannt. Sehr viele von unseren Ärzten kommen aus ärgerlichen Kreisen. Obwohl man denken sollte, daß die Wissenschaft Sachlichkeit zur Voraussetzung habe, werden sie, ohne daß sie sich dessen bewußt sind, von politischen Eingebundenheiten beeinflußt.

Selbstverständlich berichtet die katholische Presse auch nichts davon, daß vor kurzem 356 Berliner Ärztinnen in einer Einigung den Reichsgesetz § 218 und den im neuen Entwurf enthaltenen § 253 ablehnten und folgende Fassung anboten: "Eine Unterbrechung der Schwangerschaft ist nur strafbar, wenn sie nicht von einem approbierten Arzt oder einem solchen unter Verletzung der Regeln ärztlicher Kunst gegen den Willen der Schwangeren ausgeführt wird."

Der "Bayrische Kurier" wendet sich mit Erfahrungen, die in Rufnamen gemacht haben soll, gegen die Zulassung des Eingriffes. Er behauptet: "Jahrelange Beobachtungen des Kaiserlichen Kaiserlichen Instituts für Geburtshilfe und Gynäkologie, wo staatlich gefördert und medizinisch völlig einseitig die Operationen vorgenommen werden, ergeben folgendes statistisches Bild: 35 Prozent der Frauen, an denen Abtreibungen vorgenommen werden, bleiben vollkommen steril, wo eine weitere Fruchtbarkeit eintrat, war sie in 40 Prozent der Fälle die Frucht einer Bauchhöhlenentzündung — bei 20 Prozent aller dieser Eingriffe waren schwere chronische Erkrankungen, die lebenslänglichen Siechtum führen, die Folge. — Der Beleg des Kaiserlichen Instituts hebt hervor, daß wegen der Unreinlichkeit dieser Operation, sogar dann schwere Folgen eintreten, wenn der Eingriff von erfahrenen Spezialisten vorgenommen wird."

Dieser Bericht trägt alle Kennzeichen einer tendenziösen Darstellung. Es ist zunächst nicht angegeben, aus welchen Quellen diese Feststellungen kommen. Das zu wissen, wäre nicht wichtig, denn in der ersten Zeit, als die Operationen vorgenommen wurden, waren selbstverständlich meist die Erfahrungen fehlen, die Komplikationen häufiger. Dann ist nicht angegeben, wo diese merkwürdige Nachricht veröffentlicht ist, und in welchem Blatt. Etwas sachliches Reden über diese Zahlen als unmöglich erscheinen. Ein sachliches Urteil wird "wenn möglich" mit der eigenen Regierung mit derartigen Forderungen in den Rücken fallen, ohne ausreichende Gründe zu geben, weshalb trotz ausgesprochener Mißerfolge in eingehenden Nachforschungen weitergearbeitet wird. Sogar ist doch so eifrig bemüht, die zünftige Junktur zu vermeiden, so etwas sollte sie durchgelassen haben?

Außerdem muß man sich verwundert fragen, weshalb bei derartigen Folgen der Geburtenüberflutung in Lenin- und allen russischen Städten noch so hoch ist? Das ist wohl Folge davon, daß so viele Frauen steril und krank sind?

Nach übereinstimmenden Meldungen aus Russland ist ein Fall durch den amtlich zugelassen und ärztlich im Krankenhaus durchgeführten Eingriff überhaupt noch nicht vorgekommen. Dr. Ruben Wolf, die zahlreichen Operationen in Lenin- und Moskau gibt in Heft 78 der "Neuen Generation" an, daß der Eingriff ohne Risiko in vier bis fünf Minuten erledigt werden kann. Die Frauen bleiben durchschnittlich vier Tage im Krankenhaus.

In einem Bericht über Stimmen mit völlig mit dem "Bayrischen Kurier" überein, nämlich wenn er sagt, wir können nur hoffen, daß der Eingriff in weitestem Maße noch nicht vorgenommen ist, wird es nicht mehrmals bei der gleichen Frau durchgeführt. Das legt ohne weiteres jeder Arzt, der auf anderem Wege davon Kenntnis erlangt hat, weitgehend propagieren.

Der Bericht enthält eine ausführliche Erklärung über die Gefahr der Geburtenüberflutung, die durch die Geburtenregelung vermieden werden soll. Solange ein Arzt nicht bereit ist, die Geburtenregelung nach den Regeln der Wissenschaft zu betreiben, wird es noch in Betrachtungen kommen, die den Ärzten nicht unbekannt sind. Darum sollten wir fordern, daß die Geburtenregelung, die in der neuesten Nummer des "Bayrischen Kuriers" steht, der so vielen Mütter das Leben rettet, aber Stimmen mit völlig mit dem "Bayrischen Kurier" überein, nämlich wenn er sagt, wir können nur hoffen, daß der Eingriff in weitestem Maße noch nicht vorgenommen ist, wird es nicht mehrmals bei der gleichen Frau durchgeführt. Das legt ohne weiteres jeder Arzt, der auf anderem Wege davon Kenntnis erlangt hat, weitgehend propagieren.

Die Gesetze der Unterwelt

Strenge Statuten der Berliner Ringvereine. Bericht wird bekräftigt — Die Unternehmung der Mitglieder

Die Ringe, Sportklubs, Geselligkeits-Vereine oder wie sich die Organisationen der Berliner (und auch der anderen Großstädte Hamburg, Breslau, Leipzig, Dresden, Frankfurt, München, Kiel usw.) Verbände sonst noch nennen mögen, haben einen und letzten Endes den Zweck, im Offensiv- und Defensiv-Kampf mit den Behörden und dem Bürgerum nicht als Schwächer — schwach in jeder Beziehung — Einzelner, sondern als immerhin unvergleichlich stärkerer Verband Gleichgesinnter aufzutreten zu können.

Da der Staat derartige ihm entgegenarbeitende Organisationen natürlich duldet, wird ihnen das Mäntelchen des "Sportklubs" usw. umgehängt. Durch straffe Disziplin, exemplarische Strafen, zum größten Teil Prügelstrafen oft grausamster Art war es möglich, daß der Durchschnittsbürger vor dem bekannten "Nimmertreu-Vorfall" kaum etwas von derartigen Vereinen wußte.

Aus guten Gründen stehen die Vereine mit allem Geschriebenen und Gedruckten, soweit es sie angeht, auf gespanntem Fuße. Weshalb auch, wenn ein Schriftwechsel zwischen den einzelnen Vereinen unbedingt nötig ist, der Brief usw. nie durch die Post befristet wird, sondern stets durch besondere Vertrauensmänner, die auch für Vernichtung der Nachricht nach Kenntnisnahme verantwortlich sind. Die Statuten sind deshalb auch ungeschrieben, werden nur bei Neuaufnahme eines Mitgliedes und bei Versammlungen den Vereinsbrüdern vorgelesen und ins Gedächtnis gerufen. Rag auch der eine oder andere Verein einzelne besondere Paragraphen haben, strengemäß stimmen die Statuten aller Vereine überein. Als höchstes, selbstverständliches Gebot halten alle Vereine die Forderung der Kameradschaft, der Hilfsbereitschaft untereinander, des Zusammengehörigkeitsgefühls und der inneren Disziplin hoch.

Um Mitglied zu werden, muß man erstens vorbestraft sein oder glaubhaft nachweisen können, daß man schon "gearbeitet" hat. Zweitens dem Vorstehenden oder wenigstens vier einwandfreien Mitgliedern mindestens drei Monate als selbst einwandfrei bekannt sein. Kommt der Bewerber um die Mitgliedschaft aus der Provinz, hat er Empfehlungsbriefe seiner Provinzorganisation mitzubringen. Sind die Empfehlungen zufriedenstellend, wird nach vier Wochen in einer Vorstandssitzung beschloffen, ob der Bewerber aufgenommen werden soll. Frauen und Mädchen können niemals aktives Mitglied werden.

Das Eintrittsgeld bewegt sich, je nach der Exklusivität, zwischen 5 und 30 Mark, der monatliche Beitrag zwischen 2 und 10 Mark. Dafür hat das Mitglied einen gewissen Anspruch auf Unterstützung in „vorkommenden“ Fällen wie: Stellung eines Verteidigers, Bezahlung einer Geldstrafe, Unterstützung des Mitgliedes bei schlechtem Geschäftsgang oder Unterstützung der Angehörigen, wenn das Mitglied „hat“. Selbst wenn das Mitglied zur Finanzierung einer „Sache“ Geld braucht, hilft der Verein nach besten Kräften. Die Bezahlung der Beiträge seitens der Mitglieder erfolgt sehr pünktlich, hapert es bei einem Mitglied mal, obgleich es Geld hat, tauchen plötzlich, wo es auch sei, zwei Vereinsbrüder auf und requirieren den Beitrag aus der Beintasche des Mitgliedes, wenn es sein muß, sogar recht unfaust. — Die Hauptmaßnahmen der Vereine sind ihre Bälle und Vorträge. Eine eintägige gelungene Veranstaltung bedeutet für den Verein einen Verdienst von mindestens 3000—4000 Mark.

Daß es bei der recht gemäßigten Gesellschaft, gehören doch alle nur denkbaren Gegenstände menschlicher Charaktere zu den Mitgliedern, nicht ohne Strafen abgeht, ist selbstverständlich. Als größtes Verbrechen wird naturgemäß der Verrat angesehen. Alle Vereine bestrafen ihn mit Ausschluß und schwersten körperlichen Mißhandlungen, die schon oft zum Tode geführt haben. Freizität kann durch Ausschluß, strafweise Verweisung in die Provinz, Geld- und Prügelstrafen geahndet werden. Desgleichen Ungehorsam. — Jedem Befehl des Vorstehenden ist unbedingt nachzukommen, Behauptungen sind nicht zulässig. Es bedarf nur des Beschlusses einer Vorstehenden-Versammlung, um ein unliebsames Mitglied, wenn es sich auch Strafbares nicht hat zuhauen lassen, auf Monate oder dauernd in die Provinz zu schicken. Jedes Mitglied, das sich irgendwie strafbar im Sinne der Vereinsstatuten gemacht hat, hat sich dem Vereinsgericht, das der Vorstehende und vier Mitglieder bilden, zu stellen. Dem Urteil dieses Gerichts hat sich jeder zu fügen. Eine Berufung gibt es nicht. Stellt sich das Mitglied dem Gericht nicht freiwillig, wird das Urteil in Abwesenheit des Angeklagten gefällt. Bei Wiederauftauchen des Mitgliedes kann dann das Urteil sofort vollstreckt werden. Jedes Mitglied ist verpflichtet, wann und wo es auch sei, das verurteilte Mitglied seiner verwirkten Strafe zuzuführen.

Ist ein Mitglied von der Polizei verhaftet worden, hat es sofort seine Angehörigen zu benachrichtigen, die wiederum den Vorstehenden von der Verhaftung in Kenntnis zu setzen haben. Der Verein sorgt dann für einen Verteidiger. Auch eine Befreiung des Mitgliedes aus der Unterwerfungspflicht durch Stellung einer Kaution wird erwogen. Es ist jedem Mitglied strengstens verboten, in der Haft mit anderen befreunden Gefangenen den Verein und seine Mitglieder und Organisation irgendwie zu erwähnen. Selbstverständlich ist, daß das Mitglied bei Vernehmungen keine Mitgliedschaft bestreitet. Ueberhaupt Kenntnisse in der Sache leugnet.

Die Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen finden jedesmal in einem anderen Lokal statt, das den Beteiligten erst wenige Stunden vorher genannt wird. Um die Versammlungen vor Ueberraschungen zu schützen, werden Posten angestellt, die sich untereinander und die Versammlung durch geheime Signale verständigen. Laßt sich auf den Sitzungen das Vorhandensein kompromittierender Schriftstücke nicht vermeiden, haben, um vor Aushebungen seitens der Polizei geschützt zu sein, stets mehrere Kerzen zu spannen oder ein Kohlenfeuer soll stets unterhalten werden, damit die Schriftstücke sofort verbrannt werden können. Bei Ueberraschungen durch die Polizei ist jede Unruhe zu vermeiden, jeder hat ruhig an seinem Platz zu bleiben, und von der Geistesgegenwart des Vorstehenden wird verlangt, daß er sofort mit irgendeiner harmlosen Rede beginnt.

Jedem Mitglied wird es zur Pflicht gemacht, in der Öffentlichkeit von dem Verein und keine Mitglieder mit keinem Wort zu erwähnen. Wichtige Vereinsbeschlüsse sind selbst vor den Angehörigen geheimzuhalten. Jedes Mitglied hat sich in Bezug auf den Alkohol zu mäßigen. Auch in der Trunkenheit Ausgeplaudertes ist voll zu verantworten.

Hat das Mitglied eine größere "Sache" vor, soll es sich mit der Vertrauenskommission bereden. Die Kommission setzt sich zusammen aus dem Vorstehenden und drei erfahrenen Mitgliedern. Beträgt der Vorfall ein Verbrechen, hat er sich bei der Vertrauenskommission unterwerfen zu lassen, hat er bei Gefährdung der Sache kein Verbrechen, sondern nur finanzielle Unterstützung, soll eine Sonderkommission zur Beurteilung, ob der Mitglied eine Unternehmung zu gewahren ist.

Reinigt sich ein Mitglied durch Krankheit, eine lange Strafe oder anders im Sinne der Vereinsstatuten unehrenhaft, so kann er in besonderen Fällen, wird unter den Mitgliedern eine Umfrage veranstaltet, von der es niemand auskloffen darf. Der erste Vorsitzende des Vereins und die Vertrauenskommission werden noch stärkerer Tätigkeit zur Auswahl gestellt. Jeder kann bei jeder Zeit gewählt werden. Gleichgültigen unter Mitgliedern sollen stets dem Gericht...

Spruch ist unanfechtbar und gültig. Schon um das Renommee des Vereins zu wahren, sollen Streitigkeiten nie in der Öffentlichkeit ausgetragen werden, von der Gefahr, daß unliebsame Vorher anwesend sein könnten, ganz zu schweigen.

Wenn auch jeder Verein in sich eine geschlossene Gruppe bildet, unterhalten die einzelnen Vereine unter sich rege Beziehungen, da sie eben viel gemeinsame Interessen haben. Von den zwölf hauptsächlichsten Vereinen Berlins sind nur drei, die so ziemlich eigene Wege gehen, eben weil sie von den anderen nicht gemieden werden. Haben sie doch zum allergrößten Teil nur den Wunsch zu ihren Mitgliedern, wie aus anderen Vereinen wegen eines Vergehens ausgeschlossene, Individuen, die sich einer Disziplin, wie sie in den großen Vereinen nun einmal herrscht, nicht unterordnen wollen, Aufzuzurechnen u. a. m.

Jedes Mitglied eines Vereins ist natürlich stolz auf „seinen“ Verein und schwört auf ihn. Niemand würde es einem Mitglied des Vereins „Kofenthaler Tor“ einfallen, in den Verein „Korden“ hinüberzuwechseln. „Sein“ Verein ist der einzig richtige. So hält es der brave Bürgersmann mit seinem Gesangsverein, und der Gannove mit seinem weniger harmlosen „Geselligkeitsverein“.

Wo ist das Lustspiel?

Humoreske von H. Weill

„Es hat gar keinen Sinn“, so begann ein maskiniertes geschriebener Brief, den der Sekretär des Theaters aus dem Postkasten herausnahm, „als unbekannter Autor heute ein Stück einzureichen, denn gelesen wird es ja sowieso nicht. Ich erlaube Sie daher ebenso höflich als dringend, mir mein dreiaktiges Lustspiel „Die grüne Kage“, das Ihnen bereits seit dem 15. Juni 1929 zur Lektüre vorliegt, postwendend und g e l e s e n zu retournieren. Ich habe keine Lust, mich länger hinhalten zu lassen.“

Mit geziemender Hochachtung August Kosewein (folgt Adresse).

„Ich warte auf keinen Fall länger, als bis übermorgen früh! Sollte das Manuskript bis dahin nicht wieder in meinem Besitz sein, dann werden Sie etwas erleben!“ Das Wort „erleben“, zweimal rot unterstrichen und mit drei drohenden Aufzählungen versehen, bestimmte den Sekretär, zuerst den Kopf zu schütteln und sodann das Schreiben dem Direktor derart auf den Schreibtisch zu legen, daß dieser es auf den ersten Blick bemerken mußte.

Als der Direktor, gebügelt und gestriegelt, sein Zimmer betrat und sich dem Schreibtisch näherte, sah er sofort den Brief mit den drei drohenden Aufzählungen, durchslog ihn, schüttelte den Kopf, drückte auf den Taster und sagte zu dem eintretenden Diener: „Herr Dr. Schmidt möchte zu mir kommen!“

Dr. Schmidt, der hochfirtige und bebrüllte Dramaturg, kam herbeigelaufen: „Herr Direktor wünschen?“ Der Direktor legte die letzte Seite an seine gepflegten Fingerringel und sagte: „Herr Dr. Schmidt! Da verlangt ein gewisser August Kosewein — kennen Sie den Namen?“

„Ne gehört!“ „Also, der verlangt in sehr energischem Ton ein Stück zurück, das er vor anderthalb Jahren bei uns eingereicht hat. Sicher ein ganz unmöglicher Schmarren. Aber bevor Sie es ihm zurück-schicken, möchte ich es jedenfalls noch lesen. Wann kann ich das Manuskript haben?“

Der Dramaturg flarrte ausdruckslos vor sich hin. „Wie soll denn das Stück heißen?“

Der Direktor tat einen Blick in den Brief: „Die grüne Kage“, Lustspiel in drei Akten.“

Starke Stirnrunzeln deuteten an, daß der Dramaturg angestrengt nachdachte. Dann sagte er zögernd: „Herr Direktor... ein Stück mit diesem Titel hat sich nie in meinem Leben in meinen Händen befunden.“

Der Direktor unterbrach das Feilen der Nägel: „So? Wer hat es denn?“

„Herr Direktor werden es wahrscheinlich selbst unter den zur Lektüre bestimmten Manuskripten in Ihrem Schreibtisch haben.“

Der Direktor schloß die Schreibtischlade auf, in der ein Paar neue Maßketten, eine Haarbürste, ein Damenstrumpfband, eine Käsezeitung, ein Markenalbum, eine Bonbonniere und mehrere Schachteln Zigaretten sichtbar wurden. „Bitte“, überzeugen Sie sich selbst!“ ermunterte er den Dramaturgen.

Der Dramaturg warf einen prüfenden Blick in die Lade und sagte: „Dann hat es wahrscheinlich der Sekretär.“

Der Direktor ließ sich in den eleganten Lederfauteuil fallen und drückte zweimal auf den Taster. Der Sekretär trat ein.

„Herr Müller! Wissen Sie vielleicht, wo sich das Lustspiel „Die grüne Kage“ von August Kosewein befindet? Es ist uns im Juni 1929 eingereicht worden. Ich möchte es lesen.“

Der Sekretär kramte in seiner Erinnerung nach, dann erklärte er bestimmt: „Bei mir, Herr Direktor, ist es nicht! Es muß sich noch bei unserem Diener Fruby befinden. Der übernimmt doch alle einkaufenden Manuskripte.“

Der Direktor musterte sein Kaugerät im Handspiegel und drückte dabei dreimal auf den Taster. Der Diener Fruby erschien. Sein aufgewirbelter, schwarzer Feldwebelsmurrbart glänzte. „Herr Direktor befehlen?“

„Hören Sie, Herr Fruby! Sie haben da vor zirka anderthalb Jahren ein Stück übernommen. „Die grüne Kage“ von August Kosewein. Suchen Sie mir das Stück sofort heraus, ich möchte es noch heute lesen.“

Herr Fruby sah vom Direktor zum Sekretär, vom Sekretär zum Dramaturgen, vom Dramaturgen wieder zurück zum Direktor und sagte: „Huldigen viermal, Herr Direktor, aber ich hab' das Stück net!“

